

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementsspreis M. 1,50 pro Quartalsjahr. Zu bezahlen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenkeller: Eduard Staubrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschossige Zeitung oder deren Raum 80 Pf.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

## Der Schiedsspruch.

Der Friede im Holzgewerbe ist noch nicht gesichert, aber die Möglichkeit einer friedlichen Vereinigung, die eine Heilung völlig geschwunden war, ist nun doch näher gerückt. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die von den Zentralvorständen unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch in der Zeit vom 3. bis 8. Februar geführt wurden.

Als die Parteien am Montag, den 3. Februar in einem Konferenzraum des preußischen Abgeordnetenhauses zusammentraten, war die Situation sehr kritisch. Die Anführer der Parteien standen sich noch äußerst schroff gegenüber und auf beiden Seiten war man darauf vorbereitet, daß mit dem Ablauf der Verträge am 15. Februar die Feindseligkeiten erhöht werden. Bei den Verhandlungen handelte es sich in erster Linie um die Frage des Ablaufstermins der Verträge, um die Arbeitszeitverkürzung, die Lohnerschöhung und den paritätischen Arbeitsnachweis. Die letztere Frage wurde aber sehr bald aus den zentralen Verhandlungen ausgeschaltet. Da der Arbeitsnachweis nur bei den Verhandlungen in Berlin und Leipzig eine erhebliche Rolle spielte, wurde beschlossen, zunächst den örtlichen Parteien dieser Städte aufzugeben, eine Vereinigung über diesen Gegenstand herbeizuführen.

Über den Vierstuendienstag und die Arbeitszeit wurde eine sehr gründliche Diskussion gepflogen. Als diese Diskussion am Montagabend geschlossen wurde, waren sich aber die Parteien noch um kein Haar näher gekommen. Um eine Annäherung herbeizuführen, hielt Freiherr v. Berlepsch an Dienstag gesonderte Besprechungen mit den beiden Parteien, die jedoch ebenfalls ergebnislos blieben.

Die Frage der Lohnerschöhung war von vornherein der Verhandlung der örtlichen Parteien überwiegen worden. Unser Verbandsvorstand stellte auf dem Standpunkt, daß wohl die Arbeitszeit in einigen einzelnen Städten nach allgemeinen Gesichtspunkten durch zentrale Verhandlungen geregelt werden kann, dagegen spielen bei der Feststellung der Löhne in den einzelnen Städten die besonderen Verhältnisse eine so wichtige Rolle, daß hier notwendig die Vertreter der örtlichen Parteien ein gewichtiges Wort mit sprechen müssen. Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte die Lohnfrage in den in den einzelnen Orten zu führenden Verhandlungen geregelt werden, sollen. Zu Wissenssicht ist es aber nur in ganz wenigen Städten zu wirklichen Verhandlungen gekommen, eine Vereinigung jedoch nirgends erzielt worden. Während nun der Vorstand des Arbeitgeberverbundes ermächtigt war, auch über die Lohnfrage zu verhandeln, waren zu diesem Zweck unsererseits die Vertreter der einzelnen Städte geladen worden. Diese Verhandlungen fanden am Mittwoch und Donnerstag im Gebäude der Berliner Handwerkskammer statt. Sie endeten sich so ab, daß die Forderungen unserer Kollegen von den Vertretern, zum Teil auch von den Gewerkschaften vorgebracht und begründet wurden. Von den Vertretern des Arbeitgeberverbundes wurden gegen Gründe geltend gemacht, und so entwickelten sich zeitweise sehr interessante Diskussionen. Beschlüsse wurden hierbei natürlich nicht gefaßt. Der Zweck dieser Aussprache war es hauptsächlich, dem Unparteiischen ein Bild von den Verhältnissen zu geben und ihm die Unterlagen für den zu sstellenden Schiedsspruch zu verschaffen.

Bei dieser Gelegenheit soll auch ausgesprochen werden, daß sich Freiherr v. Berlepsch mit dem unbestimmten Ausdauer und Hingabe der Ausgabe widmete, die er sich gestellt hatte. Sehr rein physisch bedeuteten die Verhandlungen für die Vorführer der Parteien eine große Ermüdung, um so auffallender ist die Leistung des 70jährigen Herren, der mit nie erschöpfernder Aufmerksamkeit und großem Geschick die Verhandlungen leitete. Während es sich für die Vertreter der Parteien um Fragen handelte, die ihnen aus ihrer täglichen Beschäftigung geläufig sind, war es natürlich für den Freiherrn v. Berlepsch eines schwierigen Studiums, das sich auch auf weiter zurückliegende Vorgänge in der Holzindustrie erstrecken mußte, um das Verhandlungsthema zu bederrschen. Die Leitung der Verhandlungen und die genaue Geschäftsführung des Unparteiischen nötigten die Beobachter zur Bewunderung. Freiherr v. Berlepsch hat sich das Amt des Schiedsrichters, zu dem er sich den Parteien angeboten hat, nun leicht gemacht. Die gründliche Vorarbeit, die er geleistet, setzte ihn in den Stand, die Vorfürde der Parteien richtig zu würdigen und schließlich einen wirtschaftlich unparteiischen Schiedsspruch zu fällen. Die herzlichen Dankesworte, die sowohl Herr Rahaide als auch unser Kollege Leipart

nach der Verkündung des Schiedsspruches dem Unparteiischen für seine unendliche Mühsalhaltung widmeten, waren reichlich verdient.

Nachdem die Ortsvertreter gehörten waren, kam am Freitag der wichtigste Teil der Vertragsverhandlungen, die Vorbereitung der Schiedssprüche, wobei Freiherr v. Berlepsch von Vertrauensmännern beider Parteien unterstützt wurde. Als solche hatten die Arbeitgeber die Herren Rahaide und Thürner Leipzig, die Arbeiter unsere Kollegen Leipart und Neumann bestimmt. An diesem Tage wurde der eigentliche Entscheidungskampf ausgetragen. Von beiden Seiten wurde der eingenommene Standpunkt auf das zähste verteidigt, jede suchte der anderen Zugeständnisse abzuringen, die umgekehrt nur durch Konzessionen erfaßt werden konnten. Bis spät abends dauerte dieses Ringen, erst nachts um 11 Uhr konnte Freiherr v. Berlepsch der Verhandlungskommission die Grundzüge des Schiedsspruches mitteilen. Die endgültige Formulierung erfolgte erst am Sonnabend. Am 8. Februar gegen Mittag verkündete Freiherr v. Berlepsch folgendes:

### Schiedsspruch.

#### Verhandelt

Berlin, den 8. Februar 1913.

Nach Ablauf der Verhandlung wurde von den Vertretern der beiden Parteien ein Schiedsspruch des Unparteiischen über alle verhandelten Streitpunkte beantragt. Derselbe wurde in folgendem Wortlaut alsbald gefällt und bekanntgegeben:

#### 1. Vertragsdauer.

Die Vertragsdauer der jetzt zur Verhandlung stehenden Städte läuft bis zum 15. Februar 1917.

Die Zusammensetzung der Gruppen von 1914, 15 und 16 auf 1915 erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Die Verträge des Jahres 1914 werden beiderseits nicht gekündigt und laufen somit bis zum 15. Februar 1915 weiter.

2. Es wird allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohnerschöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Tarifpreise und Altordtarife gemacht.

3. Die Verträge des Jahres 1916 werden im Jahre 1915 mit zur Verhandlung gestellt.

4. Im Jahre 1915 werden alsdann für alle diese Orte neue Verträge mit dem gemeinsamen Ablaufstermin am 15. Februar 1919 abgeschlossen.

5. Die so geschaffene Vereinigung der Vertragsgruppen mit je vierjähriger Vertragsdauer wird als rechtmäßiger Zustand beiderseits anerkannt.

6. Die im Jahre 1911 beschlossene Zusammenfassung von Wirtschaftsbetrieben durch die Verträge soll in dem Sinne weiter gelten, daß beide Vertragsgruppen bezüglich der Arbeiterzahl möglichst gleich stark bleiben.

7. In diesem Sinne erfolgt auch die Festlegung des Ablaufstermins für die fernerhin neu hinzukommenden Verträge.

8. Das im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beigelegte Vertragsmuster ist bei der Abschließung örtlicher Verträge in Zukunft als Norm zugrunde zu legen, wenn auch ein Zwang zur Anwendung aller Bestimmungen desselben nicht festgelegt werden soll. Durch örtliche Verhältnisse bedingte Abweichungen sollen in gegenseitigem Einverständnis oder, wenn Streitigkeiten entstehen, durch Entscheidungen der Zentralvorstände zulässig sein.

9. Das vertragliche Schiedsgericht ist so auszubauen, daß sowohl bei den lokalen wie zentralen Entscheidungen über Vertragsstreitigkeiten eine schnelle und korrekte Entscheidung der anhängig gemachten Beschwerden gewährleistet wird.

Die örtlichen Schiedskommissionen haben die Aufgabe, wenn eine Einigung zwischen den an einem Streit Beteiligten nicht zu erzielen ist, eine dem Sinn des Vertrages entsprechende Entscheidung zu treffen, wozu im Bedarfssalle ein unparteiischer Vorsitzender heranzuziehen ist. Die Schiedsgerichte resp. Entscheidung des Streitpunktes muß in jedem Falle innerhalb acht Tagen nach erfolgtem Antritt der Schiedskommission erfolgen.

Über jede Sitzung der Schiedskommission ist ein Protokoll zu führen, dessen Richtigkeit durch Unterschrift von beiden Seiten zu bekräftigen ist.

Die Entscheidungen der Schiedskommission bei der unterlegenen Partei soll zu führen. In wichtigen Streitfällen ist die Berufung an die Zentralvorstände zulässig, jedoch nur wenn einer der örtlichen Verbände die Berufung erhebt. Die Berufung muß innerhalb 8 Tagen nach der Entscheidung der Schiedskommission mit entsprechender Begründung und einer Abschrift des Protokolls über die geaflegten Verhandlungen bei den Zentralvorständen eingegangen sein und von diesen alsdann in 2 Wochen entschieden werden.

Entscheidungen über Streitpunkte, welche für die Auslegung des Vertrages, namentlich hinsichtlich der

Konsequenz für andere Vertragsorte, von grundähnlicher Bedeutung sind, können auch ohne Antrag einer Nachprüfung durch die Zentralvorstände unterzogen werden mit der Maßgabe, daß die alsdann von den Zentralvorständen getroffene Entscheidung für die zukünftigen Entscheidungen der Schiedskommissionen bindend ist.

10. Beide Parteien sollen gehalten sein, in den Städten, wo die Arbeitsvermittlung einer der beiden bestehenden Interessen dienenden Regelung bedarf, diese Regelung durch Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise vorzunehmen. Zu diesem Zwecke soll das im Jahre 1907 vereinbarte Paritätsgesetz für paritätische Arbeitsnachweise bis zur nächsten Sitzung der Zentralvorstände einer Revision unterzogen und alsdann für die neu zu errichtenden Arbeitsnachweise in Anwendung gebracht werden.

#### II. Arbeitszeit.

Die Verkürzung der Arbeitszeit tritt für die Vertragsperiode 1913 bis 1917 in jedem Jahre derselben ab 1. Juli in Kraft. Die Arbeitszeit soll betragen für die Vertragsgebiete:

Berlin 50 Stunden im Jahre 1913;  
Leipzig 51 Stunden im Jahre 1913;  
Dresden 51 Stunden im Jahre 1913;  
Potsdam, Königsberg 51 Stunden im Jahre 1916;  
Spandau 51 Stunden im Jahre 1916;  
München 51 Stunden im Jahre 1916;  
Hannover, Düsseldorf, Hannover, Kiel, Magdeburg 52 Stunden im Jahre 1916;

Halle, Bremen, Stettin, Brandenburg, Braunschweig,  
Burg bei Magdeburg, Quedlinburg, Gotha, Görlitz,  
Langensalza, Oldenburg 53 Stunden im Jahre 1916;

Zittau, Danzig, Erfurt, Guben 54 Stunden im Jahre 1916;

Lüneburg 54 Stunden im Jahre 1915;

Krefeld 55 Stunden im Jahre 1914;

Bromberg, Göttingen, Oldesheim, Neuburg, Thorn 55 Stunden im Jahre 1915;

Beuthen-Schattendorf-Königshütte 56 Stunden im Jahre 1913;

Schwerin 56 Stunden im Jahre 1914;

Amburg, Neuren 58 Stunden im Jahre 1914, 55 Stunden im Jahre 1916;

Lübbenau 58 Stunden im Jahre 1913, 55 Stunden im Jahre 1916;

Greifswald, Neiße, Stargard 57 Stunden im Jahre 1913, 56 Stunden im Jahre 1916;

Garbsen 52 Stunden im Jahre 1913 (dasselbe kommt 1915 zum Hamburger Vertrag; über Arbeitszeit soll dann im gegenseitigen Einverständnis verhandelt werden);

Bremen 53 Stunden am 1. Oktober 1913;

Darmstadt 53 Stunden am 1. März 1913 (dasselbe kommt 1914 zum Ortsvertrag);

Posen 55 Stunden am 1. Juli 1913, 54 Stunden am 1. Oktober 1914 (dasselbe kommt 1915 zum Baufälligervertrag);

Zeitz (kommt 1914 zum Ortsvertrag);

Bernau: Die jetzt bestehende 52-stündige Arbeitszeit für Tiefbauen bleibt bestehen.

Die Orte Hamburg, Bremen, Darmstadt, Posen, Zeitz und Bernau gelten als nicht geöffnet.

Die Verkürzung der Arbeitszeit tritt für die Vertragsperiode 1917 bis 1921 in jedem Jahre derselben ab 1. Februar in Kraft. Die Arbeitszeit soll betragen für die Vertragsgebiete:

Halle, Bremen, Stettin 52 Stunden im Jahre 1920;

Quedlinburg 53 Stunden im Jahre 1917;

Zittau, Danzig, Erfurt 53 Stunden im Jahre 1920;

Krefeld 54 Stunden im Jahre 1918;

Bromberg, Göttingen, Oldesheim, Neuburg, Thorn 54 Stunden im Jahre 1920;

Beuthen-Schattendorf-Königshütte, Schwerin 55 Stunden im Jahre 1917, 54 Stunden im Jahre 1920;

Greifswald, Neiße, Stargard 55 Stunden im Jahre 1919.

Für jede Stunde Arbeitszeitverkürzung erhalten Lohner wie Altordarbeiter je 1 Pf. Lohnerschöhung als Ausgleich.

Für die Einteilung der täglichen Arbeitszeit soll für alle Betriebe eines Ortes eine möglichst Einheitlichkeit Platz greifen. Zu diesem Zweck ist in den einzelnen Ortsverträgen Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen für alle Betriebe des Ortes einheitlich festzulegen. Sofern in besonderen Ausnahmefällen Abweichungen von diesen allgemeinen Regeln zwischen Arbeitgeber und Arbeiter einzelner Betriebe vereinbart werden, ist zu beachten, daß die im allgemeinen Verträge festgelegte Zeit des Beginnes und Endes der täglichen Arbeitszeit nicht überdrückt wird.

#### III. Arbeitslöhne.

Die Lohnerschöhung soll, soweit nicht Ausnahmen festgestellt sind, für alle dem Vertrage unterstehenden Arbeiter betragen: am 1. März 1913 2 Pf., am 1. März 1914 2 Pf., am 1. März 1915 1 Pf.

Für Kiel, Lübbenau, Amberg, Berlin, Cuxhaven, Neisse, Stargard, Wilsen, Greifswald und die Drehöller in Bernau am 1. März 1913 2 Pf., am 1. März 1914 2 Pf. für Danzig und Preßlitz am 1. März 1913, am 1. März 1914, am 1. März 1915 je 2 Pf.

Für Darmstadt 2 Pf. am 1. März 1913.

Für Hörburg je 2 Pf. am 1. März 1913 und 1914.

Für Leitz 2 Pf. am 1. März 1913.

Für Posen je 2 Pf. am 1. März 1913 und 1914.  
Auf die bestehenden Aftordariere und Aftordpreise finden die Lohnherhöhungen, einschließlich des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung, sinnmäßige Anwendung. Dagegen werden die Vertragshöhe an dem gleichen Termin um die gleiche Anzahl der Pfennige erhöht.

Alle Streitpunkte, die noch nicht durch den heutigen Schiedsspruch entschieden sind, werden zunächst den sofort anzunehmenden örtlichen Verhandlungen überwiesen. Wenn eine Einigung auch durch Vermittelung der Zentralinstanzen bis zum 1. März nicht zu erzielen ist, so sollen die verbleibenden Differenzen durch einen erneuten Schiedsspruch entschieden werden.

Freiherr von Berlepsch.

Zur Ergänzung dieses Schiedsspruches wurde zwischen den Parteien noch folgendes vereinbart:

#### Protokollarische Vereinbarungen.

Berlin, den 8. Februar 1913.

Am Mittwoch, den 12. Februar, soll an allen Orten die Versammlung der beiderseitigen Parteien stattfinden, in welchen über die Annahme der Schiedssprüche Beschluss herbeigeführt wird.

Für den Fall, daß die beiderseitigen Städtekonferenzen den Schiedsspruch annehmen, dürfen vor dem 1. März d. J. weder Aussperrung noch Streit beginnen.

Die für Bittau festgesetzte Arbeitszeit gilt nicht auch für Groß-Schönau. Hier soll über eine weitere Kürzung örtlich verhandelt werden.

Leben Croitz-Hohenleina ist zunächst örtlich zu verhandeln. Einige Differenzen sollen später mit den in anderen Orten noch verbleibenden Differenzen zusammen durch Schiedsspruch entschieden werden.

Th. Leipart. G. Mahardt.

Der gefallte Schiedsspruch erfüllt die Wünsche unserer Kollegen nicht völlig; sie wünschen auf manche Forderungen verzichten, die nach der Lage der Dinge durchaus berechtigt erscheinen. Immerhin ist aber das Maß der errungenen Zugeständnisse noch so, daß wir uns allgemein damit zufinden können.

Hat doch auch der Arbeitgeberverbund die von ihm aufgestellten Grundsätze nicht halten können. Eine Arbeitszeitverkürzung tritt nicht nur in den Städten ein, die jetzt noch mehr als 61 Stunden arbeiten, sondern in allen Städten, und die Arbeitszeit ist für fast alle Städte gleich für zwei Vertragsperioden gesetzt, so daß dieser Gegenstand für die nächste Vertragsverhandlung ausscheidet. Durch den Schiedsspruch des Freiherrn v. Berlepsch in der Arbeitgeberverbund auch genehmigt worden, den Grundsatz aufzugeben, daß nur noch dreijährige Verträge abgeschlossen werden dürfen. Die Verträge werden auf vier Jahre abgeschlossen. Dagegen wurde ununterstellt das Zugeständnis gemacht, daß die Vertragsgruppen von 1914, 1915 und 1916 zu einer zusammengelegten, über welche erstmals im Jahre 1915 verhandelt wird. Es werden also künftig in der Holzindustrie, soweit der Arbeitgeberverbund in Vertragsform kommt, nur zwei Gruppen von Vertragsjahren erzielen mit je vierjährigen Verträgen. Hierüber sowie über andere Dinge, die durch den Schiedsspruch entschieden sind, wird noch manches zu sagen sein; für heute mögen diese Anmerkungen genügen.

Durch den Schiedsspruch ist nur ein Teil der Streitpunkte entschieden; verschiedene wichtige Fragen barren noch der Erledigung. Es sei nur auf die Faulefrage für Heizraum und Montagearbeiten sowie auf die Zahlgarantie bei Aftordarbeiten hingewiesen. Diese und alle anderen Gegenstände, die im Schiedsspruch nicht behandelt werden, sollen nun durch örtliche Verhandlungen, die mit großer Beschränkung zu führen sind, gezeigt werden. Diese Verhandlungen führen an der Stelle des im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beschlossenen Vertragsgeüters, welches nach dem Schiedsspruch beim Abschluß der örtlichen Verträge als Norm zugrunde zu legen ist, wesentlich erleichtert werden. Sollten fraglich noch Streitpunkte übrigbleiben, so werden diese den Zentralbehörden übertragen und erforderlichenfalls durch einen weiteren Schiedsspruch entschieden, den Freiherrn v. Berlepsch fällen wird.

In der Frage des Arbeitserhaltungsmaßes, die während der Dauer der Tariffbereinigung zeitweise viel Staub erzeugt hat, dürfte jetzt auf Grund des Schiedsspruches eine Verständigung leichter möglich sein. In dieser Beziehung trifft der Schiedsspruch ganz deutlich, daß dort, wo die Arbeitsermittlung einer den beiderseitigen Interessen dienenden Regelung bedarf, paritätische Arbeitsaufsicht zu erreichen ist, bei denen das im Jahre 1915 vereinbarte Kurierregulat zur Anwendung gebracht werden soll. Dieses Kurierregulat soll in der nächsten Zeitung der Zentralbehörde einer Revision unterzogen werden. Die Hoffnung, das es gelingen wird, dem Arbeitgeberverbund eine Auskunft zu geben, die alle Zeile bestätigt, erfüllt sich wahrscheinlich.

So wie die Dinge jetzt stehen, darf man hoffen, daß der Tarifvertrag einen friedlichen Verlauf nimmt, aber es wäre zu früh, wollten wir uns schon jetzt in Sicherheit bringen. In den einzelnen Betrieben ist von den örtlichen Beiräten noch angestrengte Arbeit erledigt, um die Verträge völlig zum Abdruck zu bringen und sie überall bekannt zu machen.

Örtlicher Verhandlungen noch mancher unerledigter Streitpunkt durch einen weiteren Schiedsspruch zur Entscheidung gebracht werden muß. Also selbst dann, wenn der jetzige Schiedsspruch überall angenommen wird, ist die Parteibewegung noch nicht beendet. Dabei ist aber eine Gewähr dafür, daß die Annahme überall erfolgt, nicht gegeben. Es können auch noch manche Komplikationen daraus erwachsen, daß der Schiedsspruch in einem Teil der Städte angenommen, in anderen aber abgelehnt wird. Zu der sich ergebenden Situation kann natürlich erst Stellung genommen werden, wenn das Gesamtergebnis vorliegt. Wenn wir auch hoffen, daß alte Schwierigkeiten überwunden werden, so ist die Situation doch immer noch recht kritisch. Bis zur völligen Entspannung der Lage muß die Parole lauten: Halte das Pulver trocken!

#### Streit und Geistlichkeit.

— Eine der erfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart ist die Tatsache, daß die Arbeiterklasse zu immer größerer Selbstständigkeit emporwächst. Die modernen Arbeiter, die ihre Bedeutung im wirtschaftlichen und sozialen Leben erkannt haben, wollen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen und sich durch eigene Kraft aus geistigem und materiellem Elend losringen. Das steigende proletarische Selbstbewußtsein baut sich dagegen auf, daß man noch heute, wie es einst mal Brauch war, die Massen wie unmündige Kinder am Gangelsbande zu führen sucht. Alle diese Versuche stoßen auf den hartnäckigen Widerstand der modernen Arbeiterorganisationen, die mit peinlicher Sorgfalt darüber wachen, daß sie ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen, und daß die Einflussnahme Unbefugter zurückgewiesen wird. In der Tat lehrt die Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Zeitzeit, daß die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften jede Beeinflussung durch Fernstehende mit Entschiedenheit ablehnen. So faulbar sie auch die Unterstützung sozialpolitischer Männer und Frauen aus den oberen Schichten auerkennen, so weigern sie sich doch diesen Leuten einen bestimmenden oder auch nur mitbestimmenden Einfluß auf ihr Tun und Lassen einzutraumen.

Demgegenüber gewähren die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine das Bild von Organisationen, in denen Nichtarbeiter eine mehr oder minder einflußreiche Rolle spielen. Von den katholischen Fachabteilungen und den evangelischen Arbeitervereinen ist es ja allgemein bekannt, daß Unternehmer und Pastoren in ihnen das große Wort führen, während die eigentlichen Arbeiter das fünfte Rad am Wagen bilden. Darüber brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren, das wird auch von diesen Organisationen selbst nicht bestritten. Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Pastor als Delegierter eines christlichen Schäfergesellenvereins auf einem Kongreß erscheint, so weiß diese Tatsache allein ein helles Schlaglicht auf die Unselbstständigkeit dieser Simili-Gewerkschaften. Die Leiter dieser Organisationen sind ausnahmslos Geistliche, wenn auch manchmal ein Arbeiter als Strohmann vorgesehen wird, und die Geistlichkeit beider Konfessionen erhebt offen den Anspruch, daß sie das Recht habe, diese Vereine in ihrem Sinne zu lenken und zu leiten.

Etwas anders liegt die Sache mit den christlichen Gewerkschaften. Diese merkwürdigen Zwittergebilde wirtschaftlichen und religiösen Charakters betonen bei jeder Gelegenheit mit verdächtigem Eifer ihre Unabhängigkeit von klerikalen Einflüssen, und wenn es die Zeitumstände fordern, markieren sie den starken Mann, der den geistlichen Drachischem, die hinter den Kulissen arbeiten, ein donnernde Halt! und Hände weg! zuruft. Diese Abschüttelung der klerikalischen Bevormundung und Gangelschleife bildet eine Konzession an das Streben nach Selbstständigkeit, das sich auch unter den christlichen-Proletarien immer deutlicher bemerkbar macht. Leider ist dieser Donner ein zittriger Theatertrommel, der nur Unfundige zu täuschen vermag, ein Kenner, der das Spiel durchschaut, sieht deutlich durch den künstlichen Nebel hindurch die gerüttelten Herren an der Arbeit. Manchmal spaltet sich auch der Nebel und das Antrennspiel der lieben Geistlichkeit wird aller Welt sichtbar. Das hat sich wieder einmal bei der verträchlichen Bergarbeiterbewegung im Saargebiet deutlich gezeigt.

Unsere Kollegen wissen, wie sich die Geschichte abgespielt hat, weshalb wir nichts wiederholen wollen. Für uns ist nur die Tatsache bemerkenswert, daß bereits in den Tagen, als die verleideten Bergläden bereit waren zum Aufruhr, nämlich zum Streit, zu greifen, die Geistlichkeit ihren Einfluß geltend machte, die Bewegung zum Schweigen zu bringen. Unbekümmert um die schwierige Lage, in der sich die armen Arbeiter befanden, erzielten der obere Seelenhirt jener Gegend, der Bischof von Trier, auf dem Klone, um den bewohnten Gebieten Streit abzuwürgen. Er richtete ein Rundschreiben an die ihm untergeordneten Pfarrer, worin er sie aufforderte, von der Kanzel herab gegen den ungeliebten Streit zu predigen. Der Bischof behauptete, sein Dolch sei gewidert, daß nach den leidenschaftlichen Erklärungen des preußischen Ministers und den nicht-angestandenen Versprechungen der Behörden jeder ver-

unsinnige Grund, die Arbeit einzustellen, geschwunden sei, und er schaute sich nicht, diese seine durchaus richtige Auffassung des Streitfalls als Ausflug bischöflicher und pastoraler Weisheit den gläubigen Schwälein im Gotteshause salbungsvoll beizufinden zu lassen. Selbstverständlich hatte die Geistlichkeit des Saargebietes vom Bischof bis zum Dorfschulzen das Recht, sich über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streits ihre eigene Meinung zu bilden und auch als Privatleute zu vertreten, was wir aber von unserem Standpunkte aus als eine Unverantwortlichkeit und als einen Missbrauch ihres Amtes bezeichnen, ist, daß sie diese ihre Meinung als Vertreter Gottes und Volltreter eines höheren Willens dem lieben Publikum aufschwärzen. Wer den Einfluss kennt, den die Geistlichen in jenen rücksichtigen Gegenenden auf die Arbeitermassen ausüben, der versteht auch die schlimme Schädigung der Arbeiterinteressen durch die einseitige Stellungnahme der geistlichen Hirten.

Die Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes, denen jetzt heimgezählt wurde, was sie selbst bei der Bewegung im Muhrgebiet verbrochen hatten, merkten nur zu bald, daß die liebe Geistlichkeit ihnen in die Suppe spuckte und ihnen das Spiel verdarb. Hierüber ärgerten sie sich natürlich sehr, und sie stimmten ein Schimpfskonzert an, — im Schimpfen sind diese Leute ja weltbekannte Virtuosen — das hinwiederum der Geistlichkeit misslönend in die Ohren drang. Die Folge davon war, daß eine ganze Anzahl katholischer Pfarrer des Saargebietes einen energischen Protest erhob gegen „die von den Agitatoren des Gewerkbereins christlicher Bergarbeiter vorgebrachte Unwahrheit, daß der Katholische Clerus einer Erhöhung des Lohnes der Bergarbeiter entgegen sei.“ Sie erheben Protest „gegen die infolge der genannten umwahren Verdächtigung laut geworbenen Schmähungen und Verunglimpfungen katholischer Geistlicher, die in wohlmeinender Liebe zu den Arbeitern vom Streit abgeraten haben, weil sie überzeugt sind, daß er unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter herbeiführen muß.“ Die Pastoren sind entschlossen, wie sie erklären, auch in Zukunft allesamt, ungeachtet aller Verdächtigungen, für die Rechte und das Wohl des Arbeiters standes gemäß den katholischen Grundsätzen fest und entschieden einzutreten.“

Nun gerieten die christlichen Agitatoren in eine arge Zwischenmühle: auf der einen Seite würden sie bedrängt von den Arbeitern, die ungestüm eine Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen, selbst auf dem Wege des Streits, verlangten, auf der anderen Seite standen die Geistlichen, die mit ihrem Bann drohten, wenn der Streit in Szene gesetzt würde. In diesem Zwiespalt wurde der Heldenmut der tapferen Christensöhne zerrieben, wie mürber Binder, und die brüllenden Löwen wurden zähne Lämmer. Und die armen, verschlendeten Bergarbeiter mußten die Recke bezahlen. Sie wurden mit leeren Versprechungen abgespeist und müssen nun weiter frönen im harten Koch, aber als Erfolg bleibt ihnen die „Liebe ihrer Seelenhirten und das Gebet ihrer Seelsorger“, wofür sie sich leider wenig laufen können.

Eigentlich, aber für das Wesen der christlichen Gewerkschaften sehr bezeichnend, ist die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftspresse zu den klerikalen Beleidigungsversuchen. Anstatt klipp und klar zu sagen, daß die Geistlichkeit in wirtschaftlichen Dingen nichts zu suchen und sich deshalb um den Streit nicht zu kümmern habe, bemühen sich die christlichen Zeitungsmenschen, die Pastoren im eigenen Interesse zu veranlassen, ihre Finger vom Streit abzulassen. Wenn sich die Geistlichkeit in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischt, heißt es in den Artikeln, „so steht sie nicht mehr über den Parteien, sondern sie ist Partei geworden und in den Strudel der Kämpfe hingezogen.“ Dadurch gerät sie mit einem Teile ihrer Gläubigen in Konflikt, wodurch das christliche Leben innerhalb der Gemeinde empfindlichen Schaden leidet.“ Man sieht, nicht deshalb sollen sich die Pastoren neutral verhalten, weil die Arbeiterinteressen darunter leiden, sondern weil das christliche Leben, das heißt, das Interesse der Geistlichkeit, dadurch verletzt wird. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Geistlichen nicht unabhängig genug seien, um in den wirtschaftlichen Streitfragen nach ihrer inneren Neberzeugung entscheiden zu können. „Sie sind abhängig von Behörden, von weltlichen Kirchenpatronen, von Wohltätern, von gesellschaftlichen Rücksichten usw. Stellen sie sich auf Seite der Arbeiter, müssen sie wagen, anderweitige und höhere Interessen zu gefährden, die bei passiven Verhälten außerhalb jeder Gefahr stehen. Er greifen sie die Partei der Unternehmer, geraten sie mit den Arbeitern in Konflikt. Wer im gewerblichen Einigungswesen bewandert ist, weiß, welche unendlichen Schwierigkeiten selbst der unparteiische Schiedsrichter zu überwinden hat. Nicht mit Unrecht fürchten aber auch die Arbeiter, daß die gesellschaftlichen Einflüsse der Unternehmer und anderer Personen bei manchen Kirchenbehörden zu ihren Ungunsten sich geltend machen, weil sie viel stärker sind als der gesellschaftliche Einfluß der Arbeiter.“

Mit richtigem Instinkt wird hier hervorgehoben, daß die Pastoren keine unparteiischen Berater der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen sind. Sie vertreten, bewußt oder unbewußt, die Interessen der ausbeuterischen Ober- und Mittelschichten, die vertreten die Interessen einer be-

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Fischern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin - Neufoelln (Propellersfabrik Garuda), Bremerhaven - Geestemünde-Behörde, Bremervororte (Braasch), Eppendorf i. Elbe (Leonhardt), Frankfurt an der Oder (Trompler, Hartmann, Mylius, Buhl, Budoch, Böhle, Lohrapp), Meistereien, Stolp in Pommern (Möck), Werdens a. d. Aller, Hannover.

Modellschülern nach Offenbach a. M. (Engelbert Kern), Parcelsleger nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsbereins der Berliner Parcelsgeschäfte, Ihlandstraße).

Policier nach Eppendorf i. Elbe (Leonhardt), Bergoldern, Grundierern, Verzierern und Schirmmachern nach Altona-Ottensen (Bahr u. Gehlens), Schattbrügg bei Zürich (Welters).

Schirmmachern nach Sollstedt (Allermann), Büriq (Ehrenberger), Schoppenhagen.

Sägereiarbeitern, Arbeitern und Arbeiterinnen für Mundholzschälerne und Holzbearbeitungsbetriebe nach Memel, Gubenstock i. Erzg.

stimmen politischen Partei, sie vertreten auch die Interessen eines bestimmten kirchlichen Systems, und darum sind sie ungeeignet, Arbeiterinteressen zu vertreten. Folglich sollen sie ihre Nasen nicht in Sachen stecken, die sie nichts angehen, und sie sollen die um eine Hebung ihrer Lebenslage kämpfenden Proletarier ungeschoren lassen. Mögen sie in geistlichen Dingen die Bewater ihrer Pfarrkirchen sein und bleiben, in weltlichen Dingen haben sie nichts zu suchen. Das ist unsere Auffassung. Dass sie richtig ist, wird kein christlicher Kollege aus dem christlichen Lager bestreiten wollen.

## Jugendfürsorge und Fortbildungsschule.

- Die Förderung der Fortbildungsschule, als einen gewichtigen Faktor für die Erziehung und Ausbildung des jungen Nachwuchses, ist von der modernen Arbeiterschaft stets betrieben worden. Von den gewerblichen Unternehmern dachte und denkt ein gewisser Teil hierüber ganz anders. In erster Linie wünschen diese Herren eine größtmögliche wirtschaftliche Ausnutzung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Besonders unbequem ist ihnen die Bezeichnung der Gewerbeordnung (§ 120), die sie verpflichtet, den Arbeitern unter 18 Jahren soviel Zeit freizugeben, damit diese am Unterricht der Fortbildungsschule teilnehmen können. Welcher Kampf müsste und muss geführt werden, damit in den einzelnen Orten die Sonntage und die Abendstunden vom verbindlichen Unterricht freibleiben. Die Gemeindebehörden müssen entsprechend dem Stundenplan der Fortbildungsschulen, die Zeit festsetzen, die die Unternehmer den jugendlichen Arbeitern zum Besuch des Unterrichts freizugeben haben. Diese Zeit soll so bemessen sein, daß die Schüler nicht nur rechtzeitig erscheinen können, sondern daß diese auch vorher die notwendige Sorgfalt auf ihren äusseren Menschen verwenden können. — Der Untergang des Handwerks bzw. des Gewerbes wird immer dann angekündigt, wenn die Arbeiter auf die Behörden einzutwirken versuchen, damit diese den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung tragen und auch den Schulunterricht in die Arbeitszeit verlegen.

Die Bildungsfeindlichkeit vieler Unternehmern und Anstellungen tritt nicht nur bei Festlegung des Stundenplans vor allem auch des Lehrplanes deutlich in Erscheinung. Frühere Anregungen von uns, es möge mehr für die Pflege der allgemeinen Bildung der jüngeren Gewerbsgenossen geschehen, wurden als überflüssig bejaht. Scharf wandten die Arbeitgeber sich gegen den Ausbau der obligatorischen Fortbildungsschule. Ihre profitüchtigen Interessen ließen es nicht zu, wahre Volksbildung zu betreiben.

Wenn nun in letzter Zeit bei den Unternehmern scheinbar eine Aussöhnung mit dem gesetzlichen Bildungszwang für die erwerbstätige Jugend eingetreten ist, so hat das seine besonderen Ursachen. Seitdem die Arbeiterorganisationen sich energisch der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge annehmen, bemühen sich auch die Unternehmer und deren gefälligen Organe, unterstützt durch die Mithilfe des Staates, um die erwerbstätige Jugend. Diese Bewegungen laufen nicht etwa darauf hinaus, einen gewerblich und sozial rückwärtigen Nachwuchs heranzubilden, sondern der Zweck ist in erster Linie, die Einflussnahme der Jugend für arbeiterfeindliche Zwecke. Die Absichten gehen dahin, die junge Generation in einen Gegensatz zu stellen zu den Bestrebungen der organisierten Arbeiterklasse. Wäre dieses nicht das Ziel, die Unternehmer würden sich den Teufel um die Erziehung der Jugend kümmern. Unter dem Aushängeschild „Wahrung der vaterländischen und religiösen Gesinnung“ wird die wahre Tendenz verborgen, die sich richtet gegen die Arbeiterjugend!

Dieser Jugendfang für reaktionäre Zwecke wird, zur Freude für die Unternehmer, von der Fortbildungsschule jetzt einiger Zeit ganz systematisch betrieben. Wie um-

fangreich diese, im Anschluß an die Fortbildungsschule betriebene „Jugendfürsorge“ ist, geht deutlich hervor aus den Erhebungen, die der preußische Minister für Handel und Gewerbe veranstalten ließ. Am abgeschlossenen Berichtsjahr beteiligten sich von 373 546 Fortbildungsschülern 196 384 an den getroffenen Veranstaltungen. Die Häufigkeit der Beteiligung des einzelnen Schülers ist bei dieser Berechnung nicht in Betracht gezogen worden. Von den Arrangements dieser Jugendfürsorge entfielen 44 122 auf Körperpflege; Turnen, Spiele, Wanderungen und Baden. Der Bildung und Lehreng folgten 8804 Veranstaltungen dienen. In den errichteten Bibliotheken befanden sich 189 473 Bücher. Auf 68 799 Benutzer entfielen 407 455 Bände. An 77 Schulsparkassen beteiligten sich 5526 Spender, die insgesamt 50 781 M. zusammen brachten. — Zeigt diese Erhebung schon, wie sehr sich heutzutage jene Kreise um die Jugend bemühen, so lassen sich die Absichten noch besser erkennen, wenn weitere Tatsachen in Augenschein genommen werden.

Aus Berichten einzelner Fortbildungsschulen an den Generalfeldmarschall b. d. Gosch — dem Strategen von „Jugenddeutschland“ — ist klar ersichtlich, wie der nationale Jugendfang organisiert wird. Da ist zunächst der seit einigen Jahren eingeführte zwangsmaßige Turnunterricht. Bereit von der Teilnahme hieran sind nur Berufe wie die der Bader; dann die Schüler, die wegen körperlicher Gebrechen nicht turnen dürfen und — alle diejenigen, die in Vereinen der Deutschen Turnerschaft oder in sogenannten Jünglingsvereinen turnen! Die Arbeiter-Turnvereine sind in Acht und Baum erklärt. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen bringt keine Befreiung vom Turnzwang in der Fortbildungsschule. Auch die Turnwarte dieser ausrichtigen Korporationen werden zurerteilung von Turnunterricht nicht herangezogen. Fehlt diesen doch das „nationalen“ Patent! Kurzerhand werden so nicht nur die Arbeiter-Turnvereine, sondern die Arbeiter überhaupt minderen Rechts erklärt. Die „vaterländische“ Sache will es so.

Eine neue Einrichtung ist vielfach obendrein noch zur direkten Förderung der „nationalen“ Vereine getroffen worden. Nicht nur, daß die Listen dieser Vereine daraufhin kontrolliert werden, ob die etwaigen Schüler auch turnen; auch die Propaganda wird diesen braven Vereinen erleichtert! Bald nach Schulbeginn werden den „nationalen“ Vereinen die Listen der in den Fortbildungsschulen zum Turnen verpflichteten Schüler überreicht und den Vorständen derselben wird es gestattet, die Schulturnstunden zu besuchen und Mitglieder für ihre Vereine zu werben! Die Turnstunden der kommunalen Fortbildungsschulen werden — also den Jünglingsvereinen und dem Deutschen Turnerbund — zur obligatorischen Betätigung freigegeben.

Welche Hoffnungen man auf diese Einrichtungen setzt, geht daraus hervor, daß erwartet wird, „daß die Schüler, die einmal in den Vereinen den „nationalen“ natürlich sind, sich in diesen bald so wohl fühlen werden, daß sie, mit wenigen Ausnahmen, der Sozialdemokratie entzogen sind.“ Uns kümmert ja weniger die Hoffnungsfreudigkeit dieser „Jugendpfleger“, als vielmehr die Tatsache, daß in Veranstaltungen der Fortbildungsschule ganz unzweideutig Politik getrieben wird und die Gleichberechtigung der Staatsbürger rücksichtslos verlebt wird. Die Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung sollten aus alledem die richtige Konsequenz ziehen und jedes Mittel anwenden, um das heranwachsende Geschlecht vor dem reaktionären Jugendfang zu schützen.

Ganz besonders wichtig ist es, aber auch andere Vorgänge zu beobachten. Wir meinen vor allem: Das Schimpf- und Prügelsystem in der Fortbildungsschule.

Leider hat ja der III. Senat des Reichsgerichts am 10. April 1902 den Fortbildungsschullehrern das Züchtungsrecht zugesprochen! „Gesetzliche Bestimmungen über das Prügeln sind zwar nicht vorhanden. Der höchste Gerichtshof nahm aber an, daß dem Lehrer das Züchtungsrecht zustehe. Denn aus dem Recht und der Pflicht des Lehrers zur Erziehung ergebe sich von selbst dessen Recht, innerhalb der durch den Erziehungszweck gezogenen Grenzen angemessene Zuchtmittel zur Anwendung zu bringen.“ Es ist hohe Zeit, daß dieser Spruch einer Revision unterzogen wird. Ist es an sich schon völlig falsch, Prügel als Erziehungsmittel anzusehen, so ist deren Anwendung in der Fortbildungsschule erst recht verfehlt. Das Prügeln widerspricht hier nicht nur jedem pädagogischen Grundsatz, es ist auch geziert das Erfahrung der Jugend besonders zu untergraben und das Rechtswußtsein zu verleben. Abgesehen davon, daß wenn die Lehrer schimpfen und prügeln, die stärker werdende Jugend zum Widerstande gereizt wird und durch Selbsthilfe die Schuldisziplin lockert.

Abhilfe gegen die widerwärtige Schimpferei und die brutale Prügelmethode ist vorläufig nur dadurch möglich, daß alle Fälle in geeigneter Weise öffentlich kritisiert werden. Die öffentliche Bekanntmachung derartiger Schäden wirkt erzieherisch auf alle beteiligten Kreise.

Gegenüber der von den herrschenden Klassen betriebenen „Jugendfürsorge“ durch die Fortbildungsschule haben wie die Pflicht, unseres Einflusses in den gewerblichen und kommunalen Körperschaften dahin zur Geltung zu bringen, daß die wettlichen Interessen der jungen Generation gefördert werden. Die proletarische Jugend wird dann den „nationalen“ Jugendpflegern dadurch eine Absege bereiten, daß sie der auftreibenden Bewegung der organisierten Arbeiter ihr Verteilen entgegenbringt.

## Wirtschaftliche Monatsschau.

Dezember 1912.

Der Balkanrieg mit der in seinem Gefolge auftretenden Ungewissheit in der Entwicklung der politischen Lage hat auch im Monat Dezember den Wirtschaftsmarkt noch wesentlich beeinflußt. Der Sturm auf die Sparassen und die Zurückhaltung des Privatpublikums in der Anlage von Geldern hielt trotz der Beruhigungsversuche der Behörden vielfach an. Man schätzt die Summen, die gegenwärtig aus der Kriegsbesorgnis heraus dem Verkehr entzogen sind, auf Milliarden. Das muß sich natürlich auf die Dauer unlesbar bemerkbar machen. Einzelne Industriezweige, die auf den Export nach den Balkanländern eingerichtet sind, wie z. B. die Textilindustrie und die chemische Industrie, leiden unter der Dauer der Kriegswirren erheblich. Selbst aus Österreich-Ungarn und Russland macht sich ein Nachlassen der Aufträge bemerkbar, so daß u. a. auch die Berliner elektrotechnischen Großbetriebe erheblich geringere Beschäftigung als sonst aufweisen. Die Hoffnungen auf baldige Beilegung des Krieges, die noch im Dezember infolge der Friedensbereitschaft der Türkei berechtigt waren, sind inzwischen durch den Sturz des türkischen Kabinetts und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zugeschanden geworden. Gegenwärtig ist die weitere Entwicklung der Dinge auf dem Balkan und damit die Gestaltung der Exportgewerbe wie des Geldmarktes recht ungewiß. Es besteht sogar eher noch die Wahrscheinlichkeit, daß der nächste Quartalsabschluß eine weitere Steigerung der Anspannung auf dem Geldmarkt bringen wird. Neueres Geld wird aber naturgemäß hemmend auf die Bautätigkeit ein. Diese Schwierigkeiten werden durch die unsicherer Verhältnisse bezüglich der Tariferneuerung im Bau- und Holzgewerbe noch erhöht.

Doch aber trotz all dieser Schwierigkeiten die Hochkonjunktur in ihren Grundfesten noch nicht ernstlich bedroht ist, geht daraus hervor, daß der Dezember immer noch eine weitere Steigerung im Exportgeschäfte brachte. So weist die jetzt vorliegende Statistik des deutschen Außenhandels im Jahre 1912 bei einer Steigerung der Einführung von 684 096 280 Doppelzentnern im Jahre 1911 auf 718 899 257 im Jahre 1912, also einer Zunahme von 4,5 Prozent, bei der Ausfuhr eine solche um 10,72 Proz. auf, nämlich von 591 501 876 auf 654 901 114 Doppelzentner. In der Wertsumme stieg die Einführung von 9,7 auf 10,3, die Ausfuhr von 8,1 auf 8,9 Milliarden Mark. Aber auch der Warenaustausch im Auslande hat an der Steigerung Anteil gehabt, wie sich aus den wesentlich erhöhten Betriebs-Einnahmen der Eisenbahnen ergibt. Zum anderen ist auch die Unternehmungskraft von dem ungünstigen Stand des Geldmarktes im allgemeinen nur wenig beeinflußt worden. Für Neugründungen ist zwar im Jahre 1912 etwas weniger angelegt als 1911, doch weisen die Kapitalserhöhungen bestehender Gesellschaften eine Steigerung von 588 auf 773 Millionen Mark auf.

Die allgemeine Besserung findet auch in den Arbeitsmärkten wieder ihren Ausdruck. Schon seit dem Oktober 1912 zeigt sich ein Rückgang des Angebots von Arbeitskräften auf den Arbeitsnachweisen gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres. So kamen im Dezember 1911 auf 100 offene Stellen 167,74 Arbeitssuchende, 1912 dagegen nur 159,92. Allerdings werden diese Ziffern etwas davon beeinflußt, daß infolge der Kriegswirren Angehörige der Balkanländer sowie Österreich-Ungarns direkt abgewandert sind oder doch jetzt mehr als in Friedenszeiten ausbleiben.

Leider ist aber die auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkt festzustellende gute Konjunktur nicht in allen Berufszweigen vorhanden. Vor allem fehlt sie im Baugewerbe ganz. Es ist allerdings eine keineswegs seltene Erfahrung, daß zu Zeiten der Hochkonjunktur der Baumarkt nur müäßig belebt ist. Hier kommt in Betracht, daß sich in solchen Zeiten das Kapital anderer, noch lohnender Industrien zuwendet, während die Baumaterialien, besonders Eisen, im Preise hoch stehen. Daher dürfte es auch kommen, daß der Deutsche Bauarbeiterverband im Jahre 1912 selbst in den sonst günstigen Monaten eine verhältnismäßig hohe Zahl arbeitsloser Mitglieder zu verzeichnen hatte.

Die Holzindustrie wird von den Vorgängen im Baugewerbe nicht unerheblich beeinflußt und zeigt sich denn auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes in ihr weniger günstig. Die Zahl der auf den berichtenden Arbeitsnachweisen nach Arbeit fragenden Arbeitslosen hat zwar auffallenderweise gegenüber dem November abgenommen; Markt noch ist aber das Angebot offener Stellen zurückgegangen, so daß im Dezember 1912 auf 100 offene Stellen 298,8 Arbeitssuchende kamen, gegenüber 222,7 im November 1912 und 230,4 im Dezember 1911. In den vorhergehenden Jahren war allerdings das Verhältnis noch weit ungünstiger, 1910 waren sich im Dezember 300, 1909: 336, 1908 sogar 515 Arbeitslose an.

Die Arbeitslosenzahl unseres Verbandes ergibt für den letzten Tag des Dezember die sehr hohe Zahl von 6,14 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder, im November waren dies nur 3,50, im Dezember 1911 dagegen 4,66.

Von den einzelnen Landesteilen wie im Dezember die Provinz Polen das günstigste Verhältnis auf, indem hier auf 100 offene Stellen nur 130,95 Arbeitssuchende kamen, Sachsen hatte deren auch nur 153,85, die Provinz Sachsen 184,21, während Brandenburg mit Berlin 288,70, die industriearmen Provinzen Ost- und Westpreußen 475 und Schleswig-Holstein 477,33 aufwiesen. Die nördlichen

Güter bewegten sich zwischen 265.88 in Württemberg und 871.48 in Südbad., standen also durchweg ungünstig.

Die Einfuhr an Bau- und Nutzhölzern war im Dezember mit 4.016.256 Doppelzentnern zwar um ein geringes höher als im vorhergehenden Monat, blieb aber trotzdem noch um rund 15 Proz. gegen den Dezember 1911 zurück. Der Gesamtwert der Einfuhr betrug 26.815.000 Mark, das ist nur 0,83 Proz. weniger als im Dezember 1911. Das dürfte daher kommen, daß der Rückgang am stärksten bei den billigeren Nadelhölzern ist. Die Gesamteinfuhr des Jahres 1912 betrug 62.577.781 Doppelzentner (1911: 61.802.415) im Werte von 825.582.000 M. (815.464.000 M.). Ein Mehr gegen das Vorjahr weisen dabei besonders Eiche, Buche, Nutzbaum und die weichen Laubhölzer auf.

Die Ausfuhr an Holzwaren hat im Dezember eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Sie stieg von 55.283 Doppelzentner im Werte von 5.417.000 M. im November 1912 auf 63.827 Doppelzentner und 6.432.000 M. (1911: 57.481 Doppelzentner und 6.394.000 M.). Die Gesamtausfuhr des Jahres 1912 hat sich damit auf 704.870 Doppelzentner (1911: 709.519) und 68.048.000 M. (68.194.000 M.) gehoben. Von den einzelnen Waren haben insbesondere die "feinen Holzwaren" die enorme Steigerung der Ausfuhr von 11.478 auf 98.966 Doppelzentner erfahren. Möbel- und Möbelteile gewannen von 84.447 auf 93.459 Doppelzentner, Furniere, Paneele und Parkettböden stiegen von 23.304 auf 32.461 Doppelzentner. Bürtzen, Pinsel- und Siebwaren weisen dagegen einen Rückgang von 30.826 auf 29.825 Doppelzentner auf, im Werte von 12.1 auf 11.7 Millionen Mark. Bei der Musikinstrumentenindustrie ist nur der Export in Klaviere und Harmoniums wesentlich gestiegen, nämlich von 185.500 auf 199.501 Doppelzentner, die Klaviaturen gingen von 27.445 auf 16.435 Doppelzentner zurück, die Streichinstrumente erreichten 4.378 gegen 4.323 Doppelzentner im Vorjahr.

Die Unternehmungslust im Holzgewerbe war im Dezember 1912 geringer als im letzten Monat der meisten Vorjahre; indes überstieg die Summe der Neuinvestitionen noch den entsprechenden Zeitraum im Dezember 1911. In Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. der Holzindustrie und verwandter Gewerbezweige wurden in der Berichtszeit 1.233.000 M. investiert. Im Korrespondenzmonat des vorangehenden Jahres hatte der gleiche Zweck 890.900 M. erfordert.

In Neugründungen brachte der Dezember 1912 u. a.: Münchener Möbelfabrik G. m. b. H. in Weihenfels. Geschäftsführer Fabrikant Wilh. Breithauer. Stammkapital 100.000 M. — Pfälzische Saigerwerke G. m. b. H. in Berg (Rheinpfalz). Geschäftsführer: Kaufmann Hans Schneider, Berg; Holzhändler Johann, Verkäufer Hößner, Dernbach (Pfalz). Stammkapital 100.000 M. — Deutsch-Skandinavische Holzgesellschaft G. m. b. H. in Freienwalde a. O. Ankauf und Verarbeitung von Holz- und Waldbeständen in Deutschland und Skandinavien sowie Betrieb von Holzhandelsgesellschaften aller Art. Geschäftsführer Fabrikant Otto Henke. Dampfjägerwerk Schiffsmüller bei Freienwalde a. O. Stammkapital 60.000 M. — Schmidauer & Friede G. m. b. H. Möbelfabrik in Lügau. Geschäftsführer: Fabrikant Karl Schmidauer, Liegnitz; Kaufmann Max Krieg, Liegnitz. Stammkapital 40.000 M. — Cafetuhberg Holzbearbeitungsfabrik G. m. b. H. in Cafetuhberg. Geschäftsführer Schneidermeister Gerhard Hollerts, Essel. Stammkapital 25.000 M. — A. Flakom G. m. b. H. in Berlin. Herstellung und Vertrieb von Gütern und Türenanrichtungen und ähnlichen Artikeln. Geschäftsführer: Arthur Flakom, Berlin; Frau Selma Flakom geb. Knechtlich, Berlin. Stammkapital 20.000 M. — Waldmühle Holzwarenfabrik Dechant u. Schmidt G. m. b. H. in Waldmühl. Holzhandel im Bereich Elster. Herstellung von Paulholzern, besonders Türen und Fenstern sowie Ausführung von Scheinerarbeiten. Geschäftsführer: Meistermeister Anton Dechant, Bitterfeld; Edzard Müller Hugo Schmitt. Waldmühle Stammkapital 20.000 M. — Holzwarenfabrik Schlesier Otto G. m. b. H. in Cottbus. Fabrikarbeiter Gustav Adels. Cottbus. Geschäftsführer: Arbeiter August Schlesier, Cottbus. Stammkapital 100.000 M. — Georg Schröder G. m. b. H. in Berlin. Herstellung der Rüstungsfabrik Georg Schröder. Geschäftsführer Rüstungsfabrik Georg Schröder, Berlin. Stammkapital 20.000 M.

Charitable Betätigungen nahmen vor: Riedel'sche Feinindustrie G. m. b. H. in Sonnenhof 125.000 auf 225.000 M. und Josef Kroes G. m. b. H. in Dorfmund 100.000 auf 30.000 M. Prospektur hat im Jahre 1912 6 Aktiengesellschaften mit 54.000.000 Mark und 114 Gesellschaften m. b. H. mit 114.000 M. Kapital neu gegründet worden. 23 Gesellschaften haben ihr Stammkapital um 10.222.000 M. erhöht.

Im Dezember 1912 rückgliederten zwei Aktiengesellschaften der Holzindustrie ihre Filialen für 1913 in eigene Firma. Die A.G. für Holzproduktion in Berlin hat bei 543.000 M. Kapital und 1912 27.000 M. Stammkapital 1913 noch einen Fortschritt von 1.000 M. auf zu verzeichnen gehabt. 1912 dagegen bei 172.125 M. Stammkapitalen noch 67.251 M. Gewinn erzielt, im Vorjahr die Gesamtsumme 47.573 M. oder 1.500.000 M. Gewinn, während es im Vorjahr noch gesunken war. Der Aufsichtsrat erhielt 1.991 M. Fortschitt. Die Gesellschaft, die besonders mit die Her-

stellung von Sperrholz betreibt, ist auch für das kommende Geschäftsjahr gut mit Aufträgen versehen. — Gebrüder Schröder & Co. in Düsseldorf arbeiten mit 3.488.000 M. Dabon entfällt auf Aktienanteile 2.750.000 Mark, auf Hypotheken 681.000 M. und auf Reserven 107.000 M. Die Abschreibungen sind von 88.403 auf 144.080 M. gestiegen. Der Nettoeinnahmen wuchs von 248.254 auf 403.805 M. Anfolgedessen wurde die Dividendensumme von 200.000 auf 275.000 M. d. i. von 8 auf 10 Proz. erhöht.

Für das ganze Jahr 1912 liegen 62 vergleichbare Geschäftsjahre vor, aus deren Zusammensetzung auf die Rentabilität des in der Holzindustrie arbeitenden Kapitals ein Schluss ermöglicht ist. Das Aktienkapital betrug 1911: 90.809.000 M., die Dividende 7.911.000 M. oder 8,7 Proz. 1912 dagegen 98.042.000 M., die Dividende 8.422.000 M. oder 8,5 Proz. Gewinn und Verlust sind schließlich in 68 Bilanzen zu vergleichen. Im Jahre 1911 befanden sich darunter 59, im letzten Jahre 53 gewinnbringende Unternehmen. Dem Gewinn von 12.822.000 M. stehen bei den anderen Verluste von 8.410.000 M. gegenüber.

Für das Jahr 1913 werden im allgemeinen für die Gesamtindustrie die Aussichten als günstig bezeichnet; im einzelnen ist die Lage allerdings gegenwärtig noch ungestört.

## Soziales.

### Der Kampf gegen die „Volksfürsorge“.

Die „Volksfürsorge“, das von den Gewerkschaften und den Genossenschaften ins Leben gerufene Unternehmen, welches dazu bestimmt ist, die Arbeiterschaft vor der Ausbeutung durch die privaten Volksversicherungen zu schützen, hat seine Tätigkeit noch nicht aufzuzeigen können, aber schon regt sich an allen Ecken und Enden die Konkurrenz. Den patriotischen Gemütern ist die Aussicht schrecklich, daß die Arbeitersparteien, die bisher den privaten Versicherungsunternehmen zugesagt und zur Verteilung von Renten an die Direktoren und von festen Dividenden für die Aktionäre eine so hübsche Verwendung fanden, nun den Arbeitern selbst zugute kommen und im Interesse der Arbeiterschaft Vermögensverluste finden sollen. Der Ärger über den drohenden Profitverlust wird von den Herrschäften „patriotisch“ verkleidet und der Konkurrenzkampf gegen die „Volksfürsorge“ erscheint in der Verbrauchung eines Kampfes der „Statthalterhaltenden“ gegen die destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie. Daß die Sozialdemokratie mit der „Volksfürsorge“ nichts zu tun hat und daß diese Zwecke verfolgt, die durchaus im Interesse einer gejagten Volkswirtschaft liegen, ist dabei natürlich völlig Nebensache.

In jüngster Zeit ist von verschiedenen Seiten sehr gründlich erwogen worden, wie man der „Volksfürsorge“ am besten das Leben leicht ausblasen kann. Die Presse konnte von verschiedenartigen Gründungen auf dem Gebiete der Volksversicherung berichten; der Hauptplatz wurde jedoch am 25. Januar gefüllt. An diesem Tage erfolgte in Berlin die Gründung der „Deutschen Volksversicherung Aktien-Gesellschaft“. Diese Gründung ist deshalb wichtig, weil sich hier der Reichstagler und die Autorität der Reichsbehörden dafür einzusetzen, die Arbeiter an der Leistung positiver Arbeit zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen zu hindern.

Zur Gründung der „Deutschen Volksversicherung“ haben sich 20 deutsche private Lebensversicherungsgesellschaften zusammengetragen. Diese übernehmen das Grundkapital von 2 Millionen Mark und stellen außerdem dem Unternehmen einen Organisationszuschuß von einer Million zur Verfügung. Um des guten Zwecks willen, nämlich, um die „Volksfürsorge“ niedergeschlagen zu können, legen die Herrschäften eine wahnsinnig rückende Unigenauigkeit an den Tag. Sie wollen die Vergütung des Aktienkapitals dauernd auf 4 Proz. beschränken. Das will zu Leuten, die es gewohnt sind, das Wort „verdienen“ groß zu schreiben, schon mancherlei bezeichnen. Man darf aber zu der Geschäftigkeit der beteiligten Finanzmänner das Vertrauen haben, daß sie es fertig bringen werden, sich in irgendeiner Form für die an den Tag gelegte Opferwilligkeit schadlos zu halten. Sie werden das um so leichter können, als sich der Reichstagler dazu hergegeben hat, als Rücksicht zu fragieren. Nur mit seiner Genehmigung soll die Vergütung, durch welche die Vergütung des Aktienkapitals bestimmt wird, abgeändert werden dürfen. Und der Reichstagler ist kein Unnachgiebig. Wenn das neue Unternehmen seinen Zweck erreicht hat, wenn es ihm gelingen sollte, die „Volksfürsorge“ niedergeschlagen zu können, dann wird er auch über eine höhere Vergütung des Aktienkapitals mit reden lassen.

Der Reichstagler geht aber in seiner Fürsorge für die private Gründung der Versicherungsgesellschaften noch weiter, er sieht ihr einen Reichstagl. Kommissar und einen Stellvertreter zur Verfügung. Aufgabe dieses Kommissars soll es sein, darüber zu wachen, daß die Zweckbestimmung des Unternehmens dauernd gesichert bleibt. An sich ist der Reichstagl. nur eine Dekoration, aber eine, mit welcher sehr praktische Zwecke versehen werden. Durch sie soll der Aufsicht erweitert werden, als handele es sich um ein vom Reich vermitteltes Unternehmen. In den Prospekten der „Deutschen Volksversicherung“ werden der Reichstagler und der Reichskommissar eine große Rolle spielen, sie werden als Vorwand für die Geschäftsmacher in den Versicherungsgesellschaften dienen. In den Aussichtsrat würden Groß-Berlin als Vorsteher und eine Anzahl Direktoren von Versicherungsgesellschaften als Mitglieder gewählt. Nun will aber auch noch Vertreter der schwarzen, blauen und gelben Organisationen, die sich an dem „patriotischen“ Werk beteiligen, hinzutreten. Und um den Versicherungszweck vollends sond in die Augen zu streuen, ist auch die Bildung eines „Verwaltungsbüro“ vorgesehen, dessen Mitglieder sie auf die Dauer von fünf Jahren zu wählen haben, der aber nichts zu sagen haben wird.

Es soll nicht bestritten werden, daß der Plan, der „Volksfürsorge“ das Wasser abzugreifen, sehr schlau angelegt ist, aber gelingen wird er nicht. Man kennt die Beweggründe für die Schaffung des Konkurrenzunternehmens, man weiß, was für Kräfte dort am Werke sind, und das versteht. Trotz Reichstagl. und Reichskommissar und an der schönen Letzteren, wird es der Deutschen Volksversicherung nicht gelingen, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erringen. Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene „Volksfürsorge“ wird, wenn die Genehmigung des Reichstagskomites für private Versicherung eingetroffen ist, ihre Tätigkeit eröffnen, und sie wird, vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragen, die Aufgaben erfüllen, die sie sich gestellt hat.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Stuttgarter Statut lehnten am 29. Januar die Gemeindeselbstverwaltung der Stadt Ludwigshafen ab, trotzdem die vorbereitende Kommission mit großer Mehrheit deren Annahme empfohlen hatte und sich auch der Oberbürgermeister warm dafür ins Zeug legte. Die Kosten waren mit nur 800 M. pro Jahr veranschlagt. Die volksparteiisch-nationalistische Rathausmehrheit wußte zwar wenig dagegen zu sagen, stimmte aber dagegen. Ein Herr hatte Brauen davor, daß dadurch eine Stärkung der Gewerkschaften möglich sei.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstellen Ställen werden hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volksbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. April 6 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Bestellung kann in vier Wochen der 7. Wocheneinbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachschein verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

21.638 F. Carpentier, Tischl., geb. 23. 1. 76 zu Dessau.  
23.450 Albert Bär, Modell., geb. 24. 9. 84 zu Neuschoßfeld.  
152.104 Gustav König, Tischl., geb. 21. 8. 75 zu Stroewo.  
152.121 Paul Wegner, Tischl., geb. 28. 9. 83 zu Holzmars. P.  
178.223 Frdr. Geiling, Tischl., geb. 5. 6. 51 zu Genthin.  
187.058 Paul Wiesner, Angstm., geb. 20. 5. 68 zu Mitteln.  
209.374 Karl Kütt, Drechsler, geb. 6. 6. 74 zu Moisot.  
262.760 Gustav Mohr, Tischl., geb. 10. 8. 74 zu St. Ottenhagen.  
273.372 P. Schumann, Metall.-Arb., geb. 10. 9. 73 zu Nippesen.  
282.381 Caspar Nolle, Modell., geb. 24. 5. 49 zu Mühlster.  
304.217 Aug. Richter, Stuhlb., geb. 22. 6. 47 zu Werdishain.  
307.724 Ch. Högerling, Korbm., geb. 22. 8. 82 zu Kleinbremen.  
442.874 Hellmuth Lorenz, Tischl., geb. 11. 5. 01 zu Hamburg.  
462.866 A. Henning, Tischl., geb. 23. 12. 88 zu Verreihhausen.  
501.881 Herm. Möller, Pol., geb. 22. 1. 73 zu Schwarzbürg.  
582.792 Rob. Schulz, Tischl., geb. 23. 6. 87 zu Dorf.  
583.308 B. Dörrer, Masch., geb. 1.12.88 zu Wermelskirchen.  
584.743 Ernst Thielede, Tischl., geb. 23. 4. 85 zu Hakenstedt.  
584.893 Paul Ganze, Masch., geb. 3.6.94 zu Kimmersdorf.  
603.951 P. Meinhardt, Masch., geb. 13.10.92 Leipa, Böh.  
628.200 Wilh. Schilling, Tischl., geb. 4. 2. 91 zu Stellinghausen.

Berlin T. 2. Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

### Korrespondenzen.

Berlin. (Korbmacher.) Zu der am 30. Januar abgehaltenen Branchenversammlung gab Kollege Winckler den Bericht vom verflossenen Jahre. Danach war die Tätigkeit eine sehr rege. Lohnbeschleunigungen und Streiks fanden 25 statt. Die Streiks waren alle von kurzer Dauer, nur zwei Streiks gingen verloren. Bedeutend war ist es, daß 20 Bewegungen ohne Streik zugunsten der Kollegen erledigt wurden. Wir könnten mit den Erfolgen des letzten Jahres zufrieden sein, wenn uns nicht die Statistik des Jahres 1911 gezeigt hätte, daß die Verhältnisse, hauptsächlich der Rohr- und Grünbranche derart traurig sind, daß an eine auskömmliche Existenz in Berlin gar nicht zu denken ist. Erfreulicherweise ist auch die Mitgliederzahl gestiegen, und zwar von 164 auf 177, so daß wir jetzt zu rund 80 Proz. organisiert sind. Dies könnte aber noch besser sein, wenn die Kollegen, welche schon erkannt haben, daß nur durch die Organisation Vorteile erzielt werden können, mit Hand anlegen würden bei der Auflösung der Unorganisierten. Leider ist dies nicht immer der Fall. Die Kollegen müssen die Versammlungen besuchen und ihre nichtorganisierten Nebenkollegen mitbringen.

Bremen. Die am 25. Januar laufende Maschinenarbeiterverammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung, unter anderem Rentschlag der Branchenleitung wieder sehr schlecht besucht. Das muß entschieden anders werden. Man hört fast in jeder Versammlung Beschwerden über die Lohnverhältnisse. Das kann nur anders werden, wenn jeder einzelne Interesse an der ganzen Sache zeigt. Die neuwählte Branchenleitung erwartet von allen Kollegen eine gute Unterstützung, damit wir endlich dahin kommen, wo andere gleich große Städte schon lange sind.

Dresden. (Institut für nationale Arbeit.) Die Jahresversammlung, welche am 30. Januar tagte, war gut besucht. Aus dem Bericht der Sektionsleitung ergab sich, daß die Geschäftskonjunktur im verflossenen Jahre gut war. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 36, die der Organisierten um 47. Beschäftigt arbeiteten 115 Kollegen zusammen 1090 Stunden, dagegen machten 597 Kollegen 7898 Überstunden. Notwendig sei, daß auf letzterem Gebiet Einhalt getan wird. Die Versammlungen zeigten durchweg einen zu niedrigen Besuch. Eine am 31. Oktober aufgenommene Statistik, an der von 894 beschäftigten Kollegen sich 178 oder 87 Proz. beteiligten, ergab, daß der Durchschnittsverdienst pro Woche 30,05 M. betrug, 1910 war er 28,10 M., 1902 24,22 M., in den zehn Jahren also ein Mehrverdienst von 5,82 M. Durch Lohn erhöhungen kommen aber nur 12 Proz. in Betracht, der übrige Mehrverdienst ist der intensiveren Arbeitsleistung zuzuschreiben.

Wenn die Dresdener Fabrikanten meinen, daß die Löhne besonders hoch seien, so beweist die Statistik das Gegenteil. Der Stundenlohn betrug durchschnittlich bei Lohnarbeit 19,1 Pf., bei Altstoff 80,3 Pf. Arbeitslos waren 172 Kollegen 343 Tage, frisch waren 149 Kollegen 4027 Tage. Die Diskussion zu beiden Punkten ergab, daß die Kollegen mit der Tätigkeit der Sektionsleitung zufrieden waren.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsschau 1918). Wochendbericht vom Sonnabend, den 1. Februar bis Freitag, den 7. Februar 1918.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeits- stellen	Am Wochenende vorhanden offene Arbeits- stellen	gemeinsame Arbeitslose
Bautischler inst. Anschläger	74	—	844
Möbelstischler	87	—	182
Maschinendarbeiter	0	—	87
Polierei inst. Peizer	—	—	18
Drechsler	—	—	8
Sonstige Branchen	—	—	45
Zusammen	170	—	829

Höverswerda. Die am 1. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Leopold aus Berlin einen längeren Vortrag über die gegenwärtige Lohnbewegung hielt, war von fast sämtlichen am Ort wohnenden Mitgliedern besucht. Das ist sehr erfreulich, da die Verhältnisse gerade hier am Orte noch viel zu wünschen übrig lassen. Wünschenswert wäre es, wenn auch die auswärts wohnenden Mitglieder die Versammlungen besser besuchen würden.

Klostervorsteher. Am 21. Januar hielt die hiesige Zahlstelle eine stark besuchte Versammlung ab. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Kollege Adermann gab den Jahresbericht und im Anschluß daran ein kurzes Referat über den vorangegangenen Kampf in unserem Gewerbe. Da auch unser Ort im Jahre 1912 von einer Arbeitslosigkeit heimgesucht war wie noch nie seit Bestehen der hiesigen Zahlstelle, so waren auch demgemäß die Ausgaben, welche die Höhe von 824 M. erreicht haben. Da unsere Lokalstasse unter diesen Verhältnissen auch stark gelitten hatte, wurde die Verwaltung beauftragt, die Erhöhung des Vertrages um 10 Pf. vorzubereiten.

Mannheim-Ludwigshafen. (Modell- und Pensionsfirma). Die am 19. Januar stattgefundene Generalversammlung der Sektion, welche einen außerordentlich zahlreichen Besuch auszuweisen hatte, beschäftigte sich in sehr eingehender Weise mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sowie mit der Arbeitsvermittlung in unserem Betriebe. Die Versammlung ist der Meinung, daß ein besseres Zusammenarbeiten zwischen den Sektionen und der Zentralcommission zu fordern ist. Vorlängig ist in Stuttgart sich zugetragen haben, müssen unter allen Umständen vermieden werden. Es wurde jedoch anerkannt, daß die Zentralcommission seitens der einzelnen Sektionen nicht so unterstützt werde, wie es sich zur Durchführung ihrer Aufgaben und Obliegenheiten notwendig mache. Durch Bezirkskonferenzen und vergleichbare sei eine durchgreifende Politikgestaltung der gesamten Verhältnisse nicht mehr zu erreichen. Die Versammlung verlangt deshalb eine Reichskonferenz und fordert den Hauptvorstand auf, in diesem Jahre noch eine solche einzurufen. Wenn auch nicht alles Gelb von einer solchen Konferenz zu erwarten ist und der Wert einer solchen seitens der hiesigen Kollegen in leichter Weise überschaut wird, so glauben dieselben doch, daß eine solche eine segensreiche Wirkung auf allen Gebieten unseres Berufs- und Organisationslebens zur Folge haben müsse. Einzelne Ortsverwaltungen nehmen eine recht sondersreiche Stellung gegenüber den Wünschen unserer Sektionen ein. Bei diesen ist eben die Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir uns befinden, noch nicht durchgedrungen. Es ist Aufgabe der Sektionsleiter, durch Aufklärung sich Anerkennung zu verschaffen. Manchmal sind aber unsere Kollegen selbst davon schuld, wenn eine Verständigung nicht sofort zustande kommt. Die Arbeitsvermittlung erfolgt hier durch den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, der sich unter der Arbeiterschaft den Namen „Aufregungsbureau“ erworben hat. Wie haben hier noch eine Anzahl Betriebe, die glauben, gestützt auf die Macht dieses Arbeitsnachweises, Zustände aufrechtzuhalten, die in keiner Beziehung den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Besonders Bezahlung und Bezahlung läßt dort viel zu wünschen übrig. Als die Kollegen allerorts richten wir deshalb das erliegende Erfuchen, ob sie hier in Arbeit treten, sich vorher auf unseres Vereins oder beim Sektionsleiter über die Verhältnisse zu erkundigen, um sich so vor Schaden zu bewahren.

Münster. Am 22. Januar hielten die hiesigen Kollegen unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung ihre Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht, den Kollege Kästner gab, stieg die Mitgliederzahl von 497 am 1. Januar 1912 auf 613 am 1. Januar 1913. Darunter sind 96 männliche, 175 weibliche und 88 jugendliche Personen. Der Gehalt des Jahres 1912 erstreckt sich auf 85 männliche, 10 weibliche und 21 jugendliche Mitglieder. Leider gehen uns viele Mitglieder durch die Grenzstreitigkeiten wieder verloren. Besonders ist es der Transportarbeiterverband, der unsere Mitglieder, sobald sie da zu arbeiten anfangen, wo dieser Verband in der Weisheit ist, veranlaßt, überzutreten. Nach dem Kästnerbericht hat die Hauptstasse eine Einnahme von 12.003 M., dabei 11.182 M. aus Verträgen, 82 M. aus 249 Aufnahmen. Unter den Ausgaben stehen überan: Arbeitslosenunterstützung 1.825 M., Krankenunterstützung 915 M. und Streitunterstützung 179,35 M. Die Lokalstasse vereinahmte 3593 M. davon für Arbeitslosenunterstützung 449 M. und für Krankenunterstützung 262 M. verausgabt wurden. Bei den Vorstandswahlen wurde der gesuchte Vorstand einstimmig gewählt.

Nakel. Die Schneidemühlen- und Blakarbeiter sind noch unter recht eindrücklichen Verhältnissen. Im Betriebe des zweitgrößten Polenwalds herrscht noch eine 8-stündige Arbeitszeit, der Verdienst schwankt zwischen 12 und 18 M. die Woche. Wohl ist den Leuten im letzten

Jahre eine 10prozentige Altkordauslage in Aussicht gestellt worden, doch ist es dabei geschehen, daß diesem Betrieb befreit noch die schlechte Einrichtung, daß die Arbeiter zu Weihnachten ein „Geschenk“ von je 10 M. erhalten. Dafür wird aber in der ganzen Winterzeit der Lohn umfänglich 25 Pf. gefürzt, so daß der Inhaber trotz seiner Schenkerei dabei einen guten Nebenbach macht. Erfreulicherweise haben sich die Schneidemühlenarbeiter jetzt zahlreicher als früher dem Verband angeschlossen, so daß auch hier zu passender Zeit die Besserungsbestrebungen eingesetzen können. Unsere Zahlstelle hat in letzter Zeit ihren Mitgliederbestand von 26 auf 55 erhöht. Die Tischler sind mit einer Ausnahme sämtlich organisiert. Und gerade dieser eine muß jetzt erleben, daß er bei eingetretenem Arbeitsmangel ebenso wie die anderen aussehen muß, ihm also trotz seiner Indifferenz keine Extrawurst gebracht wird. Die Tischler sollen aber streng darauf achten, daß ihre vereinbarten Arbeitsbedingungen auch eingehalten werden. Wenn Überstunden wirklich unabsehbar sind, dann muß es dafür auch den Aufschlag von 10 oder 20 Pf. geben. Klinstere, Dimpfe, Arbeitsräume und ungesunde Schlafstellen der in Kloß und Logis Schaffenden sind leider auch noch zu treffen. — Am 2. Februar hielt hier Kollege Matuszewski aus Posen in polnischer Sprache ein Referat über die Notwendigkeit der Organisation und konnten wir dabei erfreulicherweise einen guten Besuch der Versammlung verzeichnen.

Neuwied. Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Wer aber glaubt, daß von den Kollegen eine große Anzahl erschienen wären, um von der Lokalverwaltung Rechenschaft zu verlangen über ihr Tun und Lassen im vergangenen Jahre, der irrt sich. Daß wir unter solchen Umständen nicht so vorwärts kommen können, wie wir eigentlich wollten, wird wohl jeder begreifen. Die seitliche Lokalverwaltung wurde fast einstimmig wieder gewählt. Aus dem Geschäftsbericht, den der Bevölkerungsverein gab, entnehmen wir, daß das verflossene Jahr ziemlich ruhig verlaufen ist. Es ist uns gelungen, ohne Streik, mit der Tischlerunion einen Tarifvertrag abzuschließen. Was die Agitation betrifft, so bleibt uns für die kommenden Jahre noch mehr zu tun übrig, als bisher gescheist worden ist. Befinden sich doch im Zahlstellengebiet 287 Holz-, bzw. Knopf- oder Büchsenarbeiter, von denen erst 61, meist Tischler, organisiert sind. Es wird daher wohl jeder Kollege begreifen, daß wir uns dieser Kollegen in der ruhigsten Weise annnehmen müssen, da gerade in jenen Betrieben die traurigsten Verhältnisse herrschen. Die Versuche, die wir auf diesem Gebiete schon fristher unternommen haben, zeigen, daß wir es mit ziemlich rücksichtigen Leuten zu tun haben. Jedoch dürfen wir in dieser Beziehung nicht erschauen, ist doch der christliche Holzarbeiterverband bereits in diese Betriebe eingedrungen. Die zurückliegenden Kollegen, ersuchen wir, das Umschauen unter allen Umständen zu unterlassen, da dies unsere Sache nicht fördert.

Nienburg. In der Akademie von Maag ist noch eine 13stündige Arbeitszeit vorherrschend. Jeder Kollege ist verpflichtet, Feuerung heranzuschaffen, wenn er nicht frieren will. Der Meister bestimmt sich nicht darum. Die Arbeit wird in Stücklohn vergeben. Von den Kollegen wird ohne Extrabezahlung das Aufladen der Körbe verlangt, was doch einen Lohnverlust bedeutet. Am 26. Januar wurden erst drei Kollegen wegen Arbeitsmangels entlassen. Um sich vor Schaden zu hüten, bitten wir die Kollegen, vor etwaiger Arbeitsannahme in diesem Betriebe bei der Ortsverwaltung Nachfrage zu halten.

Röhrn. Die Möbelfabrik von O. Greiner hat bis jetzt unseren Tarif nicht anerkannt und will sich der Inhaber, wie er unseren Kollegen bei einer Aussprache erklärte, vom Verband keine Vorschriften machen lassen. Zu gehöriger Zeit aber werden wir mit Herrn Greiner abrechnen und das Verlorene zurückverlangen. In letzter Zeit sind sogar Maßregelungen von Verbandskollegen vorgenommen worden. Die Behandlung läßt auch zu wünschen übrig. Aus allen diesen Gründen ersuchen wir die Kollegen, den Betrieb zu meiden und sich bei der Lokalverwaltung erst zu erkundigen.

Posen. Das Schmerzenkind unserer Zahlstelle ist seit langem die Firma Herd. Bendix Söhne, bei welcher das Zustandekommen eines Vertrages ein Jahr dauern kann. Streitfälle mit Arbeitern, Entlassung des Ausschusses sind auf der Tagesordnung. Besonders traurige Verhältnisse bestanden in der Polierabteilung. Die Kolleginnen, welche hier beschäftigt waren, gehörten dem Polnischen Verband an, welcher es nicht für nötig hielt, sich um dieselben zu kümmern. Die Poliererinnen sahen ihren Schaden ein und traten alle in den Deutschen Holzarbeiterverband ein. Gleich darauf wurde ihnen seitens des Direktors gefundene Nach lange Verhandlungen seitens der Lokalverwaltung, der Hauptvorstände und des Gewerbegerichts erklärt, der

Direktor, er habe die Entlassung der Poliererinnen befehlt, zwecks Systemwechsel in der Polierabteilung.

Der Polnische Verband, welcher aufgefordert wurde, gemeinsam vorzugehen, erklärte, wegen „der paar Weiber“ nicht mitzumachen. Wegen stauer Konjunktur machte der Direktor befürchtet, daß die Arbeitzeit verkürzt wird. Dieses wurde seitens unseres Arbeitsausschusses abgelehnt, worauf der selbe Ausschuß nach und nach entlassen wurde. Der selbe Herr Direktor bestimmt unter den Blakarbeitern selber einen Ausschuß, dem er dann die Arbeitszeitverkürzung einfach dictierte. Die im Polnischen Verband organisierten Arbeiter besiezen eine Versammlung, in welcher die Leitung des Polnischen Verbandes seitens ihrer Mitglieder eine gebrochene Schlappe erlitt. Der Vertreter des Polnischen Verbands mußte den Vorfall in dieser Versammlung widerlegen und es wurde ein unparteiischer Vertreter gewählt. Wir haben den Eindruck, daß die polnischen Kollegen durch die Schikanierung des Herrn Direktors sich eines Peines befreien und aus dem Verband des Polnischen Verbandes ersehen, daß nur der Deutsche Holzarbeiterverband wirklich die Interessen der Arbeiter zu vertreten gewillt ist.

Rosengård. (Pinselmacher.) Die in letzter Zeit erzielten Erfüße in unserer Agitation zeigen die Unternehmer verschämt zu haben. Als bei F. & G. Rosch eine Kommission der Vorstandsräte und Pinselmacher vorstellig wurde, weil am Postnachtmontag und -dienstag

nicht gearbeitet werden sollte, trocken eine mißliche Abmachung mit den betreffenden Arbeitern vorlag, daß dieselben nur an den gesetzlichen Feiertagen nicht arbeiten brauchen, und die Kommission darauf hinwies, daß diese Bestimmung doch bis jetzt eingehalten wurde, erklärte der Inhaber, Herr Findeisen: „Das bestimmen wir, wann gearbeitet wird!“ Auf den Widerspruch der Kommission meinte der Herr, hätten wir Zeit zum Agitieren, so könnten wir auch jetzt feiern. Da auch Herr Rosch sich solder Abmachungen nicht mehr erinnern zu können meinte, ist dieser Vorgang eine Mahnung an die Kollegen, bei ihren Vereinbarungen stets recht vorsichtig zu sein.

Schönheide I. Ergeb. Am 26. Januar hielt unsere vorliegend aus Bützenmache bestehende Zahlstelle ihre von 850 Mitgliedern, darunter 45 Kolleginnen, besuchte Jahresversammlung ab. Nach langen Jahren konnte die Verwaltung wieder einmal von erfreulichen Fortschritten berichten. Die Agitation wurde mit Eifer betrieben und zeigte als Erfolg die Aufnahme von 412 Mitgliedern. Das Verbandsleben, das in jeder Hinsicht sehr im organ lag, hat sich allgemein gehoben; Vertrauensmännerversammlungen sind nun über 100 Besuchern abgehalten worden. Lohnbewegungen fanden außer der allgemeinen noch drei statt, die alle mit einem vollen Erfolg endeten. Mit der Produktionsgenossenschaft für Bürstenwaren wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen, der eine mögliche Arbeitszeit von 5 Stunden vorsieht und an Lohnhöhung 1,40 M. pro Person und Woche. Mit der Möbelfabrik Friedrich u. Sohn in Ebersbach wurde ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen. Eine Arbeitszeitstellung wurde hier diebstähnliche wöchentliche Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne um 8 Pf. pro Stunde in der Vertragszeit erreicht. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, da in diesem Betrieb 1910 ein mehrereidiger Streik verloren ging. Eine weitere Lohnbewegung fand bei der Millionenfirma Dörfel, Säge- und Hobelwerk in Schönheide statt. Durch Unterhandlungen des Bevölkerungsvereins mit der Firma wurde für die Schneidemüller eine Lohnhöhung von 5 Pf. und für die Plakarbeiter eine solche von 2 Pf. pro Stunde erzielt. — Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der im Herbst für die gesamte hiesige Bürstenindustrie eingeleiteten Lohnbewegung. Neben den allgemein üblichen vertraglichen Bestimmungen waren unsere Forderungen: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3½ Stunden nebst Lohnausgleich, Erhöhung der Stundenlohnrate um 8 Pf. und der Altkordrate um 7 bis 10 Proz. verteilt auf die Vertragsdauer. Vor Verreichung dieser Forderungen gehörten dem Arbeitgeberverein der Bürsten- und Pinselabfertigung von Schönheide und Umgebung nur drei Firmen an; wenige Tage nachdem hatten sich sämtliche Fabrikanten und was sich so nennt dem Verband angeschlossen. Die Unterhandlungen über die Forderungen wurden nun zwischen dem Sekretär des Deutschen Industrieabfertigerverbandes und uns geführt. Ueber die Arbeitszeit wurde eine Verständigung bald erzielt, da eine sofortige Verkürzung um 2½ Stunden abgestanden wurde, die nun auch in allen Betrieben durchgeführt ist. Zu Lohnausgleich erklären sich die Fabrikanten aufzuhören, da sie angeblich die auswärtige Konkurrenz zu fürchten hätten. Ohne zu erwidern, erklärten die Herren, in Schönheide würden die höchsten Arbeitslöhne mit bezahlt! Wie die hohen Löhne den Profit der Schönheider Bürstenfabrikantin fast aufzehrten, zeigt der Abschluß einer hiesigen Bürstenfabrik von 1910, wo die Firma etwa 250 Beschäftigten einen Bruttogehalt von „nur“ 94.000 M. zu verzeichnen hat! Nach vielen Unterhandlungen wurde dann vereinbart, daß in allen Betrieben sofort für alle Lohn- und Altordarbeiter und arbeiterinnen der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung erfolgt. Staffelsweise Erhöhung der Löhne um 10 Proz. unter Abschluß von schriftlichen Vereinbarungen erfolgt 1913. Vertragen und Wortschatz ist aber bei der Schönheider Bürstenfabrikantin zweierlei. Ein Lohnausgleich hat in den meisten Betrieben nicht stattgefunden. Was aber diese Herren nicht hindert, in einem von sämtlichen Fabrikanten unterzeichneten Schreiben ihrer Gewerkschaft versichert werden, der geforderte Preisvorschlag von 10 Proz. auf alle Bürstenwaren sei auch deshalb notwendig und berechtigt, da die Fabrikanten den Lohnforderungen der Arbeiterschaft Rechnung tragen müssten, um einer erneut drohenden Streik zu verhindern. Die Schönheider Kollegenfamilie hat sich für die nächsten Wochen mit den „Augenständen“ der Fabrikanten abgefunden. Bei günstiger Gelegenheit werden die Forderungen aufs neue erhoben, und wir werden dann nicht eher ruhen, bis auch bei uns geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen sind. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen nach Kräften bemüht sein, durch neues Werben von Mitgliedern die Bedingungen für einen erfolgreichen Ausgang der kommenden Lohnbewegung zu schaffen!

Schwelm. In der am 27. Januar stattgefundenen Betriebsversammlung der Akziderfabrik Rudolf Bach Sohn, welche gut besucht war, sprach Kollege Meyer-Düsseldorf über: „Zweck und Aufgaben der Sektionen“. Nach dem Referat setzte eine lebhafte Debatte ein, in welcher sämtliche Kollegen die Gründung einer Sektion befürworteten und auch einstimmig beschlossen. Die Versammlungen sollen regelmäßig an jedem vierten Montag im Monat direkt nach Dienstende stattfinden. Nur ist es Aufgabe eines jeden Kollegen, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Persönliche Beiseien, die leider heute noch vereinzelt vorkommen, darf es aber in Zukunft nicht mehr geben; dafür sollten sich alle Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen, denn nur dieser ist es, welcher ihre wirtschaftlichen Interessen mit Nachdruck vertreten kann.

Zürich. Da es die Goldseidenfabrik Weil, seitdem sie den Zwischenmeister Oelfers in Gladburg plaziert hat, nicht mehr für nötig findet, die Arbeiter von unserem Nachweis zu nehmen, möchten wir die Kollegen warnen, dort Arbeit anzunehmen. Der Millionär Weil vermittelte die eingestellten Kollegen dem Badischen Oelfers. Derselbe bezahlt dann nur 80 Rappen Stunde, lohn anstatt 70 Rappen und hat 10½ Stunden Arbeitszeit anstatt 9½ Stunden dagegen. Die Werkstätte Oelfers bleibt gesperrt. Heute ein Kollege ander-

wärts am Platze Zürich anfangen will, hat er sich an den Obmann Joseph Herb, Bergsoder, Pachtobststr. 60, part., Zürich III, zu wenden. Kollegen, welche ohne Benutzung des Arbeitsnachweises anfangen, haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

#### Unsere Lohnbewegung.

In Bremerhaven, Geestemünde und Lehe dauert der Streit der Tischler jetzt bereits 12 Wochen, ohne daß eine Aenderung in der Situation eingetreten ist. Der Arbeitgeberverband hält das Baugewerbe lehnt jede Verhandlung mit der Organisation ab, weil die Hauptlinge der Schafwischer der Meinung sind, daß die 10stündige Arbeitszeit in den Unterweserorten bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben muß. Von den 125 in dem Streik eingetretenen Kollegen sind nur noch 18 am Orte, die übrigen sind alle abgereist oder anderweitig untergebracht. In letzter Zeit versucht nun der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein in den Unterweserorten im Kreis zu fischen, er hat nun einige der arbeitswilligen Tischler in den Gewerbeverein aufgenommen. Mit diesen Streikbrechern will man jetzt hier auch eine Lohnbewegung machen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben hierbei die beiden Sekretäre des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, Menthé und Meischkat in Bremen, ihre Hand im Spiele, da die Forderung, welche auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden mit Lohnausgleich ab 1. April laufen soll, von Bremen aus einigen Arbeitgebern zugesetzt wurde. Man ist es ja von den Hirschern nicht anders gewöhnt, als daß sie überall dort, wo freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Kampfe stehen, denselben Knüppel zwischen die Beine werfen. In der kürzlich stattgefundenen Innungsversammlung der Tischlermeister hat man sich auch mit dem Streit der Tischler beschäftigt. Es wurde dort der Beschluss gefasst, bei dem Arbeitgeberverband zu beantragen, mit den Hirschern Verhandlungen über die von diesen eingereichten Forderungen zu führen. Wir werden ja abwarten, ob die Unternehmer ihre "natürlichen Elemente" für die treu geleisteten Dienste auch entsprechend belohnen werden. Die Streikenden lassen sich auch durch dieses Freiben in ihrem Kampfe nicht beeinflussen, sie werden denselben mit aller Energie weiterführen.

In Dresden haben die dort am 1. April gekündigten mit der Firma Max Poppel zum 15. April gekündigt.

In Eppendorf i. Erzgeb. ist es in der Spieldwarenfabrik von R. Leonhardt am 1. Februar zur Aussperrung der organisierten Holzarbeiter gekommen. Mit den schon vorher, teilweise unter Kontraktbruch, gehörigkeiten Kollegen beträgt die Gesamtzahl der Ausgesperrten 25. Die Firma versendet an die Anteilstäler der Umgegend und an die "Chemnitzer Allgemeine Zeitung" ein sogenanntes unparteiisches Organ, Berichte, die ein Vorgänge direkt auf den Kopf stellen. Dass die Arbeitgeberzeitung nicht in diesem Neigen fehlen darf, ist selbstverständlich. Mit dem Standpunkt des unumstrittenen Herrn im Hause ist der Fabrikant Fleisch von ihrem Fleisch. Am Ende selbst sagt die Firma nicht, ihre wahrheitswidrigen Berichte zu bringen, da uns die Gelegenheit zur Erwidern gegeben ist. Eine öffentliche Versammlung, mit der Tagesordnung: "Die Vorgänge bei der Firma Leonhardt" stand statt, ohne daß die Firma trotz offensichtlicher und briescher Einladung es für nötig gehalten hätte, ihre unvahren Behauptungen am Orte selbst zu vertreten. Die Firma hatte angedroht, daß alle, die nicht durch Unterschrift ihren Austritt aus dem Verband anzeigen, entlassen würden. Die Kollegen aber sind fest gesiedet, und die Firma verliert nach ihrem eigenen Einverständnis die besten Arbeitkräfte. Nun ist sie auf der Suche nach Erzähler. Wie bitten den Zugang fernzuhalten.

In Hildesheim sind in der Büromöbelfabrik von Bahl Differenzen ausgebrochen. Ein Widerstand, der sich fast bewußt macht, ist das häufige Variieren auf Material, wodurch der Aufwand ungünstig beeinflußt wird. Zum Überfließ wird aber auch noch der verdiente Lohn sehr unpünktlich ausgezahlt. Die Kollegen, die deshalb vorzeitig wurden, erhielten die bekannte Antwort, wenn es nicht passt, kann gehen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Schwedt, einer Kleinstadt in Polen, gibt es eine große Zahl Tischlereibetriebe. Die Tischlermeister sind weitgehend unorganisiert. Durch rücksichtlose Ausbeutung der Arbeiter waren die Unternehmer in der Lage, den polnischen Unternehmern in der Möbelbranche eine gewaltige Konkurrenz zu bieten. Nach langen Bemühungen der polnischen Verwaltung ist es gelungen, die Kollegen zu organisieren. Tischlermeister sind erschöpft darauf unserer Kollegen: "Entweder treten Sie aus dem Verbund aus oder ich kündige Ihnen." Das Ausstreiten aus dem Verbund wiesen unsere Kollegen entschieden zurück und wurden hierauf entlassen. Situationsanfälle in der Vergangenheit, Herrn hier eines höheren zu belehnen und hat es sich verpflichtet, die Entlassungen wieder einzustellen.

In Stettin sind die Parfettierer mit der Firma H. & H. Seiter in Kontakt gekommen. Herr Seiter will für Arbeitskräfte den Preis bedeutend reduzieren. Da die betroffenen Kollegen sich dagegen wehren, verläßt Herr Seiter Arbeitkräfte von außerhalb heranzuziehen. Wir erachten deshalb den Zugang bis auf weiteres fernzuhalten.

In Weißrussland sind die Differenzen mit der Samtschleifer Seiter noch nicht beigelegt. Die Firma hat, wie jetzt mitgeteilt wird, die Tischler bis auf 3, denen gekündigt wurde, eine Kündigung entlassen.

#### Ausland.

In Belgien wird uns vom Verband des dortigen Holzarbeiterstandes mitgeteilt, daß sich die Tischlerarbeiter der Firma M. & J. Herer in Genf, Rue de Pelleterie, im Streik befinden. Was in Brüssel in die Lage aus habe gesetzt, ist nicht bestehend geblieben, den Zugang vom Arbeitgeberstand oder Brüderchen von ganz Belgien auf das strengste untersagt. Arbeitnehmer wird daraus eingespielt, daß uns diese Firma ihren deutschen Werkstättern nach Verlust gefallen ist, um ihre arbeitswillige zu suchen. Es darf nicht erwartet werden, daß die deutschen Holzarbeiter die nötige Zusammenkunft entnehmen, um diese Forderungen zu erledigen.

## Aus der Holzindustrie.

### Ungeeignete Arbeitskräfte zu Maschinen.

Gegen die Beschäftigung ungeeigneter Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen wendet sich der Vorstand der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft in einem Rundschreiben an die Genossenschaften. Es wird darin auf die §§ 18 und 40 der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen, die besagen, daß

1. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren an Kreissägen, Fräsen und Abriethobelmaschinen nicht beschäftigt werden dürfen;
2. Kreissägen, Fräsen und Abriethobelmaschinen nur von den besonders dafür bestimmten standigen Maschinenarbeitern selbstständig bedient werden dürfen.

Während die Mehrzahl der Genossenschaftsmitglieder dem Arbeiterschutz ein steigendes Interesse entgegenbringen, gibt es noch eine ganze Reihe von Mitgliedern, insbesondere in ländlichen Bezirken, die der falschen Ansicht huldigen, daß ihnen aus der Beschäftigung ungeeigneter Arbeitskräfte an den Maschinen ein Vorteil erwachse. In dieser Hinsicht macht der Vorstand der Berufsgenossenschaft recht beachtenswerte Ausführungen. Er schreibt:

"Die ungeheure Unfallgefährlichkeit der schneidenden und reißenden Holzbearbeitungsmaschinen mit Umdrehungsgeschwindigkeiten bis zu 1000 Touren in der Minute läßt die in anderen mit leichteren Unfallgefahren verknüpften Gewerbszweigen mögliche Beschäftigung unentwickelter und ungelernter, wie nicht normaler Menschen unter keinen Umständen zu. Es ist ein Freium zu glauben, mit diesen unzulänglichen Leuten sich einen Vorteil verschaffen zu können, um etwa im Wettkampf mit Kollegen die Preise unterbieten zu können. Was an den vermeintlich billigen Arbeitslöhnen vorne bei der Rechnung gespart wird, muß am Ende des Jahres in Form des für die Unfallentstehungen notwendigen Umlagebeitrags oder gar für Regressforderungen der Berufsgenossenschaft wieder geöffnet werden. Also auch aus diesem nicht weniger triftigen Grunde ist die beanstandete, ohne dies schon verbotene Geschäftspraxis zu verwerfen."

Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft ist in außerkennenswerten Weise bemüht, den erwähnten Schriftschriften Gestalt zu verschaffen. Wo ein Unfall die Folge der Nichtbeachtung der betreffenden Bestimmung ist, wird der betreffende Betriebsunternehmer für die Auspendung der Genossenschaft regreiflichtig gemacht. Aber auch dann, wenn ein Unfall noch nicht eingetreten ist, geht die Genossenschaft im Betretungsfalle mit Geldstrafen vor.

So wurden vor einiger Zeit zwei Unternehmer mit je 50 Pf. Geldstrafe belegt und das Reichsversicherungszamt hat die gegen die Straffesschreibung eingelegte Beschwerde zurückgewiesen. In dem Rundschreiben wird der Vorstand der beiden Entscheidungen des Reichsversicherungszamtes wiedergegeben. Hierauf wurde in dem einen Fall, entgegen der Beschwerde festgestellt, "dass der Verletzte kein Maschinenarbeiter im Sinne des § 40 der Unfallverhütungsvorschriften, sondern ausschließlich Schreiner gewesen ist, dem die Bedeutung der geschäftlichen Kreisjäge unter keinen Umständen anvertraut werden darf."

In dem anderen Fall handelte es sich um den Inhaber einer Möbelfabrik, dessen Lehrlinge zum Teil schon im Alter von 16 Jahren an Kreissägen, Abriethobelmaschinen und Fräsen beschäftigt wurden, und der sich darauf berief, daß nach dem Willen des Gründers der Firma die Lehrlinge in allen Teilen des Berufs gründlich ausgebildet werden sollen. Hierzu gehört auch der Unterricht in der Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen. Diese Einwendungen wurden vom Reichsversicherungszamt zutreffend gewiesen. Dieses führte vielmehr aus:

Die Festsetzung der Altersgrenze auf 17 Jahre für die an den genannten Maschinen tätigen Arbeiter ist erfolgt (§ 18 der Unfallverhütungsvorschriften), weil nach den gemachten Erfahrungen jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren noch nicht so entwicke sind, um die hohen Gefahren des Maschinenbetriebes zu übersehen und zu vermeiden. Eine Abweichung von dieser Bestimmung kann auch im Hinblick auf andere Betriebe der Firma nicht zugestanden werden. Ebensoviel kann der Firma gestattet werden, daß ihre Schreiner im Notfallsfalle ihre Maschinenarbeit selbst verrichten. Wie durch die Unfallstatistik erwiesen ist, sind gerade an Kreissägen tödliche Verleihungen von Schreinern vorgekommen. Zur Vermeidung derartiger Unfälle ist es daher dringend notwendig, daß derartige Maschinenarbeiter nur gelehrte, mit der Maschinenarbeit völlig vertraute, tüchtige Maschinenarbeiter verwendet werden dürfen, zu welchen die Arbeiter, die älter als 17 Jahre sind, besonders auszubilden sind. Die Firma ist ebenso wie alle übrigen Mitglieder verpflichtet, die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten."

Diesen Grundsätzen kann man durchaus beipflichten, und es wäre nur zu wünschen, daß alle Berufsgenossenschaften mit gleicher Energie gegen die Verhöfe gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorgehen.

Ein Ost- und Westpreußischer Tischertag wurde am 20. Januar in Königsberg abgehalten. Die Nummern in Königsberg, Danzig, Tilsit, Elbing, Insterburg, Gumbinnen, Braunsberg, Deitsberg, Heiligenbeil, Stallupönen, Neiden, Wergrabow und Wehlken, die zusammen an mehr als 100 Tischlermeister umsehen sollen, waren vertreten. Die Verhandlung bestätigte sich mit der Konkurrenz der Gelehrnisarbeit und beschloß die Gründung eines Bezirkverbandes Ost- und Westpreußens des Bundes deutscher Tischlerinnungen, zu denen vornehmlich Zimmer-Königsberg gewählt wurde, der es sich besonders angelegen hielt, den Betrieb zum Arbeitgeber-Schutzbund für das deutsche Holzgewerbe zu empfehlen.

**Unfallgefahren in der Büromöbelindustrie.** In der Büromöbelfabrik E. Grünzwein in Erlangen herrschte jüngst in der Zellerei eine circa 20 Centimeter lange und 25 Centimeter im Durchmesser haltende, ziemlich schnell

rotierende Holzwalze. Dieselbe löste sich in zwei Hälften von der Spindel, wovon der eine Teil zwei Meter gegen die Wand flog, wo er deutliche Spuren hinterließ. Einige Minuten später wurden ein oder zwei Arbeiter nicht unerheblich verletzt und verletzt fühlten. Es sind in dieser Werkstatt schon öfters dergleiche Fälle vorgekommen, die zum Teil darauf zurückgeführt werden, daß der zuständige Vorarbeiter weniger auf seine Maschinen als auf die Arbeiter achtet.

Der Schwedische Holzarbeiterverband bedauert, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, dem bevorstehenden Verbandsstag wird eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Da eine vorgenommene Erhebung ergeben hat, daß die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung im Hinblick auf die dem Verband angehörigen baugewerblichen Holzarbeiter große Schwierigkeiten bereiten würde, wird der Vorschlag gemacht, daß diese aus dem Holzarbeiterverband ausscheiden und einen eigenen Verband gründen. Die gegenseitige Unterstützung soll dann durch einen Kartellvertrag geregelt werden.

## Gewerkschaftliches.

Der Bäckerverband veröffentlicht seine Jahresbilanz für das Jahr 1912. Daraus geht hervor, daß diese Organisation gute Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist von 26 488 am Ende des Jahres 1911 auf 30 061 am Schlusse des Jahres 1912 gestiegen. Darunter befinden sich 4000 weibliche Mitglieder, deren Zahl um 863 zunommen hat. Der Verband hat im abgelaufenen Jahre in 82 Orten 88 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 2842 Betriebe mit 88 000 beschäftigten Arbeitern erstrecken, von welchen 656 direkt an der Bewegung beteiligt waren. Zu der großen Mehrzahl der Fälle, nämlich bei 66 Lohnbewegungen mit 3751 Beteiligten konnte eine friedliche Versöhnung erzielt werden. Als hauptsächlichstes Ergebnis der Lohnkämpfe wird registriert, eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1706 Arbeiter um insgesamt 10 391 Stunden pro Woche und eine Lohnverhöhung für 4027 Arbeiter um 7121 Pf. pro Woche. Der Lassenauschluß ergibt eine reine Einnahme von 732 450 Pf. und eine Ausgabe von 614 980 Pf. Am Jahresende hatte der Verband ein Vermögen von 410 852 Pf. oder 14,40 Pf. auf den Kopf des Mitgliedes gegen 11,63 Pf. am Schlusse des Vorjahrs.

Die Liquidation des Schmiedeverbandes, der sich bekanntlich am 1. Oktober 1912 dem Metallarbeiterverband angeschlossen hat, ist nun so weit vollzogen, daß in einem leichten Jahrbuch des Verbandes die Schlussabrechnung sowie eine Übersicht über den Verlauf des Vereinigts gegeben werden kann. Danach zählte der Schmiedeverband am Schlusse des 3. Vierteljahres 1912 insgesamt 16 002 Mitglieder. Von diesen haben 14 875 den Übertritt in den Metallarbeiterverband tatsächlich vollzogen, während 151 sich anderen freien Gewerkschaften anschlossen. Hierbei dürfte es sich wohl zum Teil um solche Mitglieder handeln, die schon länger in anderen Berufen tätig waren und bisher aus alter Abhängigkeit beim Schmiedeverband verblieben waren. Zu gegnerische Verbände sind 29 Mitglieder abgegangen, wobei noch besonders hervorgehoben ist, daß der Wiesenthalische "Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband", trotzdem dieser die vereinzelt auftretende Unzufriedenheit mit der Verschmelzung überhaupt weidlich agitatorisch ausnutzte, nur 5 Mitglieder gewann. Allerdings war bei 1993 Mitgliedern keine Feststellung über den organisatorischen Verbleib möglich, doch überbreite diese Zahl den sonstigen regelmäßigen Abgang am Quartalswechsel infolge Streikung, Einzug zum Militär und vergleichbar wenig. Das Vermögen des Schmiedeverbandes betrug bei seiner Auflösung insgesamt 221 375 Pf., davon 100 770 Pf. in den Lofatkassen und 120 605 Pf. in der Hauptkasse. Die Übergabe des leichten Teils ist im Januar erfolgt und damit der lekte Alt der Verschmelzung vollzogen.

Das Schneidergewerbe hat nach einer jetzt veröffentlichten Zusammenstellung des Schneiderverbandes im letzten Jahre eine recht umfangreiche Lohnbewegung durchgemacht. Allerdings ist der Anfang des Jahres 1911 mit seinen Kämpfen in der großen Berliner Konfektion nicht erreicht worden. Insgesamt wurden 1912 an Lohnbewegungen 226 gezählt, die sich über 283 Orte mit 31 500 Beschäftigten erstreckten. Davon waren 42 Angriffsstreits mit 9627 Beschäftigten und 8797 Streitenden, 107 Aussperrungen mit 12 220 in den Betrieben Beschäftigten, von denen aber nur 800 ausgesperrt wurden. Außerdem waren noch an 11 Wehrstreits 428 Personen beteiligt. Weitere 89 Lohnbewegungen mit 9269 Beschäftigten verließen ohne Arbeitsentziehung. Es ergibt sich also als Gesamtausfall für das Schneidergewerbe, daß im Jahre 1912 die Lohnbewegungen für je etwa ein Drittel der Beteiligten durch Angriffsstreits, Aussperrungen und auf friedlichem Wege erledigt wurden.

Der Porzellanarbeiterverband gibt soeben seine Jahresabrechnung für 1912 bekannt, die allerdings mit dem 3. Quartal abweicht. Danach hat sich die Mitgliederzahl im ganzen Jahre nur um 91 vermehrt und beträgt nun 16 203. Unter den Einnahmen befinden sich allein 57 712 Pf. Zuwendungen anderer Berufe (bei der Aussperrung). Aus den Zahlstellen (also wohl Beiträge) sind 29 713 Pf. eingegangen. Das Gesamtvolumen beträgt jetzt 251 100 Pf.

In der keramischen Industrie sind die Verhandlungen der Verbandsvorstände der drei bestehenden Gewerkschaften jetzt soweit gediehen, daß diese die Bekanntgabe der Eingangsbeschlüsse für die nächsten Wochen in Aussicht stellen. Die diesbezüglichen Verhandlungen spielen schon seit längerer Zeit, doch hat man erst schwören wollen, wie die bei den Töpfern neu eingeführte Arbeitslosen- und bei den Glasarbeiten die Krankenunterstützung sich im ersten Jahre gehalten. Beide Versicherungszweige haben sich inzwischen als durchführbar erwiesen.

**Ein erfolgreicher Boykott.** Der Boykott gegen die Akates-, Wasch- und Zwiebackfabrik von Harry Tüller in Celle ist aufgegeben worden. Der Boykott war verhängt worden, weil die Firma ihren Arbeitern das Koalitionsrecht freiheitlich mache und jede Verhandlung mit der Organisation ablehne. Jetzt endlich hat sich die Firma bequemt, schriftlich zu erklären, daß sie ihrem

Personal „die volle Koalitionsfreiheit, ja sogar die Zugänglichkeit zum Bäckerverbande freigesetzt habe“. Damit war der Anlaß zum Boykott beseitigt und dieser konnte aufgehoben werden. Der Bäckerverband wird nun daran gehen, die Arbeitsverhältnisse im Betrieb zu regulieren, da diese einer Regelung dringend bedürfen.

Der Boykott der Halberstädter Würstchenfabrik Christian Höfner hat sich bereits derart wirksam erwiesen, daß die Firma schon dem vierten Teil ihres Personals wegen Arbeitsmangels entlassen mußte. Die Firma ist frappierhaft bemüht, ihre Würstchen in Dosen ohne Etikett in den Handel zu bringen, um die Herkunft der Ware unerlässlich zu machen. Dosenwürstchen ohne Etikett sind als hochwertige Würstchen von Christian Höfner zu betrachten. Einige Großabnehmer vertreiben die Würstchen in ihrer eigenen Packung; auch dahinter ist man bald gekommen. Ein kleiner Wurstfabrikant vertreibt sie als seine eigenen Würstchen; auch hier sind Schritte unternommen, das zu verhindern. Die Arbeiterschaft wird daher allerorts ersucht, überall, wo in Restaurants, in Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften und Kantine-Würstchen umgesetzt werden, nach deren Herkunft zu forschen; es wird dann auch sicher gelingen, der Fleischergesellschaft zum Siege zu verhelfen. In Halberstadt sind jetzt in allen Fabriken, außer Christian Höfner, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation geregelt. Die Firma Christian Höfner aber lehnt nach wie vor eine Verhandlung mit der Gewerkschaft ab; auf ein Anschreiben derselben vom 28. Januar gab sie gar keine Antwort.

## Technisches.

Die Pianoforteindustrie bildet einen der wichtigsten Zweige des deutschen Holzgewerbes, so leitet D. Ring im „Fachblatt für Holzarbeiter“ einen Artikel über „Das Klavier“ ein. So zutreffend diese Behauptung auch ist, so wenig ist in den Kreisen der Holzarbeiter über Wesen und Aufbau dieser Musikinstrumente bekannt. Selbst unter den direkten Angehörigen jener Industrie sind es infolge der Arbeitsstellung nicht allzuviel, die ihr eigenes Arbeitsgebiet in allen Einzelheiten erfaßt haben. Das „Fachblatt“ beachtigt deshalb neben den vielen sonst schon behandelten Spezialfächern der Tischlerei jetzt auch den Klavierbau einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, um so den Tischlern, aus deren Reihen die Pianoforteindustrie ihren Nachwuchs entnehmen muß, ein Bild von der hier in Frage kommenden Produktionsweise zu geben. Der erste Artikel behandelt die Geschichte des Klaviers und führt den Leser zurück über das Clavichord, das Clavichord zum Monochord (Einsaiter). In das unerschöpfliche Gebiet der Geschichte leiten auch zwei weitere Aufsätze des Februarheftes. Emil Langt beschreibt die Klavierebautechnik aus der Zeit des Rokoko bis zum Empire. Achim Anger dagegen die Feinheit der romanischen und gotischen Periode. Dann aber begegnet uns in diesem Heft ein weiteres interessantes Arbeitsgebiet: die Herstellung gewundener Drechslerarbeiten, wobei schon die Kopfleiste mit 22 verschiedenenartigen Säulen und Büßen die Vielseitigkeit solcher Drechslerarbeiten erläutert.

In den photographischen Abbildungen werden Errungenschaften der Hellerauer Werkstätten vorgeführt, während die Entwürfe die Möbel einer Arbeitserwerbung zeigen. Den Abschluß bildet eine Beschreibung der verschiedenen Formen des sogenannten französischen Stils.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ ist gegen 1. M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

## Literarisches.

Die nachdenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden:

1813 bis 1819. Von Kästch nach Karlsbad. Von Dr. Carl Mehlung. Verlag von J. & W. Dietsche Nachf. in Stuttgart. Band 28 der „Meinen Bibliothek“. Preis prodruckt 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Mit kritischer Sichtung der überreichen Literatur, namentlich auch des archivalischen Materials, das in den letzten Jahrzehnten von hüngelichen Forschern aus Tagesicht gefordert worden ist. Schildert der Verfasser in einem früheren Bande die preußisch-deutsche Geschichte von 1807 bis 1812 und in dem jetzt vorliegenden die Periode von 1813 bis 1819.

Sein Zweck war nicht nur, gegenüber der Publikumsliteratur, die gegenwärtig mit mehr oder minder geschriften Darstellungen den Büchermarkt überflodnet, ein gezieltes Bild der Ereignisse zu geben, sondern ebenso das historische Wesen des preußischen Staates der deutschen Arbeiter verständlich zu machen, deren Emancipationskampf in diesem Staate den gefährlichsten und gefährlichsten Gegner findet. Dazu eignet sich die Periode 1807 bis 1819 mehr als jeder andere Abschnitt der preußischen Geschichte.

Zwanzig Jahre Organisation der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands. Von Georg Döbniel. Verlag des Lagerhalter-Verbandes. Franz Reinsdorf. Preis 1,50 M.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen hat sich am 1. Januar dieses Jahres mit dem Zentralverband der Handlungsgesellschaften verschmolzen und damit seine 20jährige eigene Existenz aufgegeben. Aus diesem Anlaß erschien die vorliegende Schrift, welche die Entstehung des Lagerhalterberufs schildert und eine Geschichte der Lagerhalterbewegung gibt.

Steuerung, Warenpreise und Goldproduktion. Von J. Hartmann. 64 Seiten 8°. Preis 50 Pf. Die vorliegende Broschüre ist das 7. Heft der von Max Grunwald herausgegebenen „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“, die im Verlage von Heden u. Co. in Dresden erscheinen.

„Wenn der Riese ruht.“ Von dem bekannten Karikaturisten mit diesem Titel hat der Verlag von Geißel u. Co. C. m. b. H. in Dortmund eine farbige Ausgabe veröffentlicht. Der Preis des Bildes beträgt 50 Pf.

Wie mache ich Inventur und Bilanzabschluß? Die geschickten Vorschriften in gemeinverständlicher Erläuterung nebst Bilanzentwürfen von Hans Lustig. Baumgartens Verlagsbuchhandlung, Saarbrücken 3; Preis 1,50 M. 4. Auflage.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(Meiner Verein auf Gegenseitigkeit.)

Ginnahmen im Januar.

Neverschutz sandten ein: Ebingen 1500, Lindenau, Plagwitz je 500, Neuwied, Schwarza, Würzburg I je 400, Altenstadt, Frankfurt II, Gahlis, Hermsdorf, Johannisburg, Georgenstadt, Altenheim, Löbau, Pirna, Plauen I, B., Niederoderwitz, Schwenningen, Würzburg II je 300, Johannisthal, Wiesdrus, Dößnau, Eberswalde, Alsfeld, Marktendorf je 250, Oldesloe 220, Bleckhof, Badnau, Bielefeld, Bitterfeld, Bölkow, Düsseldorf, Dülmen, Erbach, Erlangen, Frankfurt III, Gotha, Hanau, Hamburg V, Hennigsdorf, Ilversgehofen, Kalt, Leubsdorf, Marbach, Merseburg, Modau, Oettingen, Offenbach II, Osterdorf, Masberg, Ravensburg, Reichenbach I, W., Reichenberg, Untergrüne, Wehlheiden, Wethofen I, W., Reitz je 200, Schleiz 180, Schmölln 160, Baunen, Bernau, Böbenheim, Düsseldorf II, Gröningen, Hemmoor, Hellingen, Hülfensberg, Leipzig II, Löhring, Luckenwalde, M., Gladbach, Pfalzheim, Schleusingen, Schönfeld, Schwerin, Singen, Trebbin, Waldheim, Wiesbaden, Wilmersdorf je 150, Baumgartenweg 125, Ichim, Petersheim, Bromberg, Bürgig, Dünnwald, Eiselen, Endenich, Finsterwalde, Frankfurt a. O., Gevelsberg, Görlitz, Görlingen, Hardenburg, Heilbronn, Klein-Hausen, Königsfeld, Kreisbach, Krefeld, Kremhna, Memmingen, Mühlheim a. O., Mühlster a. T., Muggensturm, Niesky, Nordhausen, Passau, Pößneck, Rathenau, Reichenbach I, W., Schwartau, Thiemar, Tiefenbach, Petersen, Ulrich, Zeulenroda je 100, Böhnsdorf, Prignitz, Westfalen, Wittenberg je 90, Potsdam 84,95, Coswig, Grünhellersbach, Lebeda, Neuenburg, Taucha je 80, Kirchheimbolanden 85, Blankenburg a. S., Jüda, Selbra, Neu-Neustadt je 75, Görde 70,80, Wossenbüttel 70, Niederjosbach 63,65, Noda, Unterbodingen je 60, Bremerhaven, Burgdorf, Goldlauter, Günzlinnen, Heinrichsruh, Hochspeyer, Kastenhardt, Mühlhausen, Oelsch, Stolberg, Stendal, Strehlen, Borsig je 50, Goritz 40, Schöneweide 19,37 M.

Summe der Überschüsse . . . . . 24 598,17 M.

Beiträge von Einzelmitgliedern . . . . . 9 676,40 "

Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern . . . . . 16,20 "

Sonstige Einnahmen . . . . . 18,75 "

Gesamteinnahme 28 808,52 M.

Ausgaben im Januar.

Zuschuß erhielten: Fürth 1300, Berlin E 1200, Berlin F 1000, Bamberg, Offenbach I je 800, Mainz 700, Frankfurt I, Mülheim-Ruhr, Reinhardshof, Rheingönheim je 600, Augsburg, Berlin J, Osterode, Durkheim, Halle,

Kempten, Mainzheim, Neufölln je 100, Wohltheim, Ehrenberg, Dörsch je 80, Osterfel 70, Auebach, Schaffenburg, Köln I, Köln II, Essen, Wesseling, Siegen, Hamburg III, Horburg, Michelsheim-Main, Neu-Jersburg, Bruchsal, Regensburg, Schwaningen, Steglitz, Worms je 80, Neuhüttenheim, Boll je 250, Barmen, Wiedenhein, Ehrenfeld, Elsenburg, Gießen, Gießen, Höchstädt, Höchstädt, Lindenholz, Mombach, Mühlungen, Neustadt a. S., Neuwied, Oppeln, Rosenhainer, Niederraden, Neustadt, Klippurz, Schweinfurt, Wohlershausen, Wandsbek je 200, Areheim, Deynhausen je 170, Hornberg 170, Bergkamen, Wrelbach, Brühl, Budenheim, Trotha je 150, Jüchenburg 135, Altena, Burg, Döbeln, Drais, Grünerich, Sinthern, Grabow, Helmstedt, Hennef, Hochstädt, Homburg, Langenberg, Lippoldshausen, Wünnen, Oschatz, Schleiden, Seeheim, Überach, Wahrend, Ziegelhausen je 100, Weidenheim, Teichholz, Gassebach je 80, Gleisberg, Mödern je 60, Kahla 20, Pausvalt 20 M.

Summe der Zuschüsse . . . . . 26 965, — M.

Zankengeld an Einzelmitglieder . . . . . 8 852,88 "

Sterbegeld . . . . . 148,75 "

Sonstige Ausgaben . . . . . 9 588,89 "

Gesamtausgabe 40 629,47 M.

Gesamteinnahme . . . . . 28 808,52 M.

Gesamtausgabe . . . . . 40 629,47 "

Abnahme des Vermögens 12 220,95 M.

M. H. G. Hauptklassierer.

N.B. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Eintrittsscheine für die Notstandskasse aus dem Jahre 1912 für Mitglieder, welche nur bis zum 31. Dezember 1912 einzutreten kommen, nicht mehr angenommen werden; werden trotzdem solche noch eingezahlt, wandern sie ohne weiteres in den Papierkorb für Ausreden, wie z. B. man habe es vergessen oder der Zettel sei verlegt. Ist die Zeit inzwischen zu weit vorgeschritten, Ferner wird gebeten, bisherigen Legitimationssachen der Notstandskasse, welche bisher nicht eingelöst sind, unverzüglich einzulösen, damit die betr. Nummern neu besetzt werden können.

J. A. G. Blum.

## Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(C. S. 86, Hamburg).

Im Januar sandten Überschüsse ein: Kroppen 300 M., Ohligs 200 M., Furtwangen 200 M., Altmühle 150 M., Bürgel 150 M., Schleidnig 100 M., Magdeburg 100 M., Witten 100 M., Altenburg 75 M., Freiburg 50 M., Summa 1425 M.

Zuschuß erhielten: Berlin B 500 M., Berlin C 800 M., Marien 250 M., Offenbach 200 M., Kaiserslautern 160 M., Hannover 100 M., Siegen 100 M., Essa 50 M., Summa 1650 M.

J. W. Maßmann, Hamburg 81, Schwedterstr. 37 part.

## Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1913.

G. a. t.	Anzahl berichterst. Monat	Anzahl berichterst. Monat	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Anzahl berichterst. Monat	Unterstützung haben erhalten				
			vorigen Monat	Zugang i. d. Monat	Gesamtzahl	mit Zugang d. Monat		Anzahl	mit Zugang d. Monat	mit Zugang d. Monat	mit Zugang d. Monat	
Danzig . . . . .	40	4552	448	288	736	262	2	510	4719	6775	26	69
Stettin . . . . .	43	4060	197	201	308	135	9	206	1710	2872	74	408
Breslau . . . . .	43	8562	569	404	978	392	7	661	7213	12422	22	275
Berlin . . . . .	92	38911	4178	3790	7060	9238	11	4088	80697	22	693	911
Dresden . . . . .	53	16360	1343	479	1822	363	17	820	7840	13004	08	896
Leipzig . . . . .	61	19552	644	845	1489	500	19	812	7603	18777	22	538
Fürth . . . . .	73	7421	321	283	554	126	13	343	2495	3899	94	275
Magdeburg . . . . .	87	7370	261	355	616	288	20	428	3910	6390	41	497
Hamburg . . . . .	63	20107	1504	1498	2042	1200	38	1615	20144	35715	96	956
Hannover . . . . .	45	10748	466	440	906	181	22	522	4828	7638	47	691
Düsseldorf . . . . .	57	10660	311	398	709	276	24	432	4725	8178	95	789
Frankfurt . . . . .	59	11199	462	445	907	277	18	548	5396	9175	17	378
Nürnberg . . . . .	53	12188	1266	864	1630	500	9	1117	10099	19814	51	302
München . . . . .	40	6885	446	385	881	360	4	265	4826	11404	02	342
Stuttgart . . . . .	89	13291	611	813	954	289	18	383	3400	5898	60	481
Hannoverstr. . . . .	—	471	5	1								

## Verfassungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Sektion der Wagner-Sons-  
tag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Eingang Stolzestraße 16 I, R. Saal V.

### Anzeigen.

**Aufkäufer.** Kollegen, die hier in Arbeit treten  
wollen, werden erachtet, wobei bei dem Arbeitsnachweis  
nur Holz, Breitstet, d. Erlaubigung eingehalten. Um-  
schauen ist verboten.

**Blankensee.** Der Arbeitsnachweis befindet sich  
bei David in Döthenhuden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt von 7-11 Uhr abends. Umschauen, auch in  
den umliegenden Ortschaften, ist streng verboten.

**Braunschweig.** Der Arbeitsnachweis für alle  
Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 92, II.  
Umschauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Anserate ist strengstens verboten.

**Crefeld.** Der Arbeitsnachweis für alle Branchen  
in Erkert und Umgebung befindet sich nur Hirsch-  
laicher 29, geöffnet 6-8 abends. Briefliche Angebote bei den Unternehmern oder Benutzung anderer Nach-  
weise, sowie Umschauen ist streng verboten.

**Frankfurt a. Main.** Der Arbeitsnachweis be-  
findet sich im Bureau, Altefeuerstraße 51, geöffnet  
vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3-4 Uhr.  
Vermittlung aller in der Holzbranche tätigen Arbeiten,  
et. Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Küchen-  
schreiner, Büchsen-, Blauf- und Rahmenmacher, Glaser,  
Drechsler, Bergwerker, Wagner (Stellmacher) und die  
in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Güts-  
arbeiter. Vermittlung ist die Stadt und nach aus-  
wärts. Umschauen streng verboten.

**Gütersloh.** Der Arbeitsnachweis für das  
Holzgewerbe zu Gütersloh befindet sich Kirche 28 und  
ist geöffnet, werktags abends von 6½ Uhr an. Die  
gesamte Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen  
Arbeitsnachweis. Umschauen ist streng verboten.

**Gütersloh.** Kollegen, die hier in Arbeit treten  
wollen, sind streng verpflichtet, nur inneren Arbeits-  
nachweis zu benutzen. Derselbe befindet sich im  
Gewerkschaftshaus, auf dem Platz 3 b. Die Arbeits-  
vermittlung erfolgt abends 7 bis 8 Uhr. Das An-  
fragen in den Werkstätten um Arbeit ist streng ver-  
boten.

**Habenau.** Der Arbeitsnachweis für alle Branchen  
befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittel-  
gasse 1, Etage. Geöffnet von 11-1 und 6-7 Uhr.  
Umschauen ist verboten.

**Stuttgart.** Die Arbeitsvermittlung für Holz-  
arbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische  
Arbeitsamt in Stuttgart, Schmidstraße 11, in Cannstatt,  
Hohenstaufenstr. 5. Das Umschauen im Jahnsfeldengelände  
ist strengstens verboten.

**Teterow i. Pomm.** Kollegen, die hier in Arbeit treten  
wollen, werden erachtet, wobei bei dem Bevoll-  
mächtigten Joh. Kornau, Reuterstr. 14, Erlaubigung  
eingehalten. Umschauen ist verboten.

**Weesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler,  
Maschinentechniker, Drechsler und Wagner befindet  
sich beim Kollegen Einer, Hermannstr. 22, von dem  
Umschauen ist strengstens verboten.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler,  
Maschinentechniker, Drechsler und Wagner befindet  
sich beim Kollegen Einer, Hermannstr. 22, von dem  
Umschauen ist strengstens verboten.

**Zuffenhausen.** Die zurücksendenden Kollegen, welche  
hier in Arbeit treten wollen, werden erachtet, sich jeder  
Auskunft einzuhören über die Sozial- und Arbeits-  
bedingungen im Betrieb und darüber, ob sie den Arbeits-  
nachweis eingehalten. Umschauen ist verboten.

**Zuffenhausen.** Die zurücksendenden Kollegen, welche  
hier in Arbeit treten wollen, werden erachtet, sich jeder  
Auskunft einzuhören über die Sozial- und Arbeits-  
bedingungen im Betrieb und darüber, ob sie den Arbeits-  
nachweis eingehalten. Umschauen ist verboten.

**Johann (Schank) Fischer,** geb. 14. 6. 1886  
Seine Adresse an seinen Bruder Johann Fischer,  
Bergstraße, Seeling-Wünchingen, Ammst. 9, II.

**Ernst Großmann,** Tischler, geb. 21. 1. 1888 in  
Rehden, lebt in Berlin, wird erachtet seine Tochter zu  
leihen an seinen Bruder Max Großmann in Deutscher-Ebert-Str. 35 bei Lüneburg.

**H. Hofmann,** Tischler, geboren 22. 6. 1893 zu  
Bremen, Buchholz, 576 964, und  
Küster, geb. 5. 6. 1893 zu Bremen,  
Buchholz, 581 167, werden er-  
achtet ihre Adressen zu leihen an H. Sauer, Gag-  
genau (Bremen), Städterstr. 19.

**Gustav Jäkel,** Tischler, geb. 10. 3. 1888 zu Görlitz  
(Schlesien), Sachsen 32253, wird  
nach neuerlicher Familienangelegenheiten geachtet.  
Bei über ihm bestehender Auskunft geben kann  
sich derjenige gebeten, davon Mitteilung zu machen  
an Joh. Heuer, Ober-Hennigsdorf (Niedersachsen), Nr. 205.

**Bernh. Przyłinski,** Tischler, geb. 3. 5. 1882 zu  
Breslau, Sachsen 178 906, wird aus gefordert, dass aus der Gewerkschaftsbibliothek  
in Breslau seinen entliehenen Büchern sofort zu senden  
an den Schreiter Friedrich.

**Friedr. Röhm,** Tischler, geboren zu Böhligen,  
1. 1. 1885, arbeitet in Böhligen, wo er eine Firma mit  
Söhnen und Tochtern und geführte Kollegen, die keinen  
Unternehmer seien, werden erachtet seine Adressen an  
die Kollegin Schleiferin zu senden.

**Paul Thorn,** Tischler, Sachsen 612 885, wird  
ausgeföhrt, den Überbringer  
schon lange an den Sitz des Gewerkschaftsverbandes  
in Berlin zu senden, aber dafür den Preis von 5 Mk.

### Dentziger Holzarbeiter-Verband.

#### Zahlteile Greiz.

Sonntag, den 2. März, nachmittags 3½ Uhr  
20 jähriges Stiftungsfest

in „Grimm's Salen“.

festgesetzt in Sonnabend und Voll. unter Mit-  
wirkung des Arbeits-Gesangsvereins. — Hierzu  
sind alle die Kollegen mit ihren Ange-  
hörigen der freien und der besetzten  
Jahrsstellen freundlich ein.

Die Lokalverwaltung.

Es ist am 1. April jederzeit einen  
neuen, vollständigen Arbeitsnachweis, erachtet,  
für kommende Arbeit bei gutem Lohn.  
Gewerkschaftsvertrag.

22. S. Brüder, Abheftblatt

Gaderstraße (Greiz).

Ende der jetzt einen wichtigen Tischler-  
gefeiern auf Seite 2 dieses Tagesblattes. Gute Freude  
gegenüber berichtet.

**Friedr. Schulze,** Tisch- u. Möbelarbeiter  
mit Betrieb, Borsendorf, Altmühl.

### Zweiter Meister.

Erfahrener Tischler der Schlagsimmer-  
branche als Meister nach Norddeutschland  
gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen  
unter 21. K. 337 an die Exped. d. Ztg.

Gesucht wird auf dauernde Arbeit ein  
erfahrener besonders wichtiger (nur) Möbel-  
tischler. (Lohn vorerst 30 Mk.)

**Dithmarscher Werkstätten für Hand-  
werkskunst,** Marne in Holstein.

Wir suchen für sofort 2-3 tüchtige Tischler  
auf furnierte Schlagsimmer bei dauernder  
lohnender Stellung.

Gebr. Bischling, Möbelfabrik

Thüringen.

Einen Stuhlmacher (Ausarbeiter) und  
einen Polsterer sucht

Möbelfabrik Brumath (Elsass).

2-3 tüchtige Stuhlbauer, welche selb-  
ständig arbeiten können, stellt sofort ein.

W. Höft, Möbelfabrik, Goldau (M. M.).

Gesucht ein auf Mohrförbe gut ein-  
geschulte Korbmaher. Dauernde Arbeit.

C. Schlossstein, Heilbronn.

Ihr eine ev. Lehrlingsanstalt wird ein jung-  
strebiger Korbmaher gesucht, der auf Weiß-  
geschlagen und grüne Mutterarbeit geklebt ist.  
Bewerb sind an Georg Schur in Wolmar-  
stein in Westf. zu richten.

Korbmaher, auf Peddigrohnmöbel geübt,  
sofort gesucht.

A. Söderstr., Kinderwarenfabrik, Reichenbach.

Gesucht sofort 2 junge Korbmaher auf  
Mohrförbe. C. Elvers, Bilsum i. Holstein.

Zwei Korbmaher auf Steife- und Wasch-  
förder, nur gute Arbeiter, sucht

Heinrich Thiele

Wittenberg (Bez. Halle), Bachstr. 2.

1 Korbmaher auf Mohrförbe und Re-  
paraturen sucht

Th. Kühl, Egeln (Prov. Sachsen).

4-5 tüchtige Korbmaher auf große weiß-  
geschlagene Arbeit sucht bei hohem Lohn  
Bruno Weiske, Schleitau (Erzgebirge).

2 Korbmaher auf grüne Arbeit sucht

Wilh. Herrmann, Korbmaher, Magde-  
burg-Südenburg, Braunschweigerstr. 101.

10-12 Korbmaher auf Peddigrohnmöbel  
finden dauernde Arbeit. Auch solche, die sich  
darauf einrichten wollen.

Adolph Förster, Zöbigker-Leipzig.

Tüchtig Korbmaher für weiß- und grün-  
geschlagene Arbeit w. f. sofort gesucht. Georg  
Richter, Dresden-Str., Seminarstr. 9, pt.  
jünger Korbmaher auf Großgeschlagen  
sucht Otto Lange, Korbmaher  
Springe (Hannover).

Korbmahergehilfen auf Peddigrohnmöbel  
stellt ein F. Wehner, Jena 2.

Gesucht ein jüngerer Korbmaher auf  
Geschlagen und Mohrförbe.

H. Knopf, Neumünster im Holstein.

Jüngerer Korbmaher auf Steife- und Wasch-  
förder für sofort gesucht.

Richard Albrecht, Düben a. Mulde.

Korbmahergehilfen auf Geschlagenes und  
Reparaturen stellt bei sofortigem Antritt  
ein (Reisegeld bis 6 Mk. nach 6 Wochen  
vergütet). Rich. Heyne, Korbmahermeister,  
Neuruppin.

Jung Korbmaher auf Peddigrohnmöbel sucht

sofort Paul Günther, Gänseh-Leipzig.

Jüngerer jüngerer Korbmaher wird  
für dauernde Stellung gesucht. Antritt ev.  
sofort oder auch später.

Hermann Postel, Wurzen i. Sa.

Jüngerer jüngerer Bohrer für dauernde  
Beschäftigung gesucht. Clemens Hücker,  
Sägemühlefabrik, Eimbeck.

Seit 20 Jahren bestehende, seitgehende  
Tischlerei

mit Material- u. Schnittwarengeschäft in der  
Nähe Prenzlau ist französisch billig zu verkaufen.  
Z. mit 21. K. 338 a. d. Exped. d. Ztg. erh.

**Fabrikräume** in Holzbearbeitungs-  
maschinen, elektrisch, sofort zu verkaufen. Berlin-Str., Bürgerstr. 15.

### Almanach

des Deutschen Holzarbeiter-  
Verbandes für das Jahr 1913

Tischkalender für die Verwaltungen  
und Mitglieder des Verbandes.

Im Auftrag des Verbandsvorstandes  
bereitgestellt von Theodor Leipart  
19. Februar.

Die Verbandsmitglieder wollen ihre  
Befreiungen unzweckmäßig bei der Lokal-  
verwaltung am Ort anstreben. Preis  
für Mitglieder 50 Pf. pro Exemplar. Be-  
stellungen von Einzelmitgliedern werden  
gegen Entnahme von 50 Pf. auch von uns  
direkt erledigt.

Verlagsanstalt  
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

G. m. b. H., Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

### Fachblatt für Holzarbeiter.

Das Fachblatt vom Jahrgang 1912  
ist bei uns vollständig vergriffen. Diejenigen  
Bahlstellen, die von dieser Nummer noch über-  
zählige Exemplare besitzen, wollen dieselben  
gegen Entlastung der Selbstkosten nebst Porto  
an uns einsenden.

Verlagsanstalt des  
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H.  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

### Laubfägerei

durch Schärfchnitt und Holzbrandmaterie-

liefert alterbunt

z. L. Dahn, Mardorf 11 (Brau)

Katalog gratis und franko.

Wismar a. d. Ostsee

für Maschinen- u. Elektro-Ing.

Bau-Ing. und Architekten

SEIT 20 JAHREN

siehe die

Fachschule Detmold

an der Spitze der Tischlerfachschulen

Auskunfts- und

DIREKTOR KOLSCHER

Ausstellungsfrei.

Kunstgewerbliche Tischlerschule

Blankenburg, B. 2

Programm frei. Direktor Reineking.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen

Erste deutsche Holz- und Pollermeister-Schule.

Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.

Programm kostent. durch d. Direktion.

Übertrifft und darum von so grosser  
Werbekraft sind. Peha-Matt, meine nach  
mein wasserreiches eigenem

Versfahren hergestellten und gereinigten Schellack-

polituren und meine hochmodernen Holzbeizen,